





reaktionären Maßnahmen ja kann doch, eben durch Notverordnung, Gesetz werden würden.) Und es ist auch nicht schwer, diese anderen Gründe zu finden. Denn es ging ja wieder einmal darum, die Rechte des Reichstages einzuschränken, denn diese Rechte werden beschränkt, wenn die seines Ueberwachungs-ausschusses beschränkt werden. Und da war es natürlich, den die Diktatur erstrebenden Parteien geradezu eine Wonne, dabei mit aller Kraft mitzuhelfen. Und sie haben es ja auch erreicht, indem sie schließlich alles taten, um die Auktoritätsfunktion der Verordnungen zu verhindern, die sie im Reichstage selbst abgelehnt haben.

Diese Sachlage ist äußerst charakteristisch für die ganze heutige politische Lage. Charakteristisch nicht nur insofern, als der Vorgang erneut zeigt, daß die radikale Rechte alles tut, was sie kann, um die Rechte des Reichstages dauernd einzuschränken; sondern charakteristisch auch insofern, als sie ebenfalls erneut zeigt, daß die Regierungsparteien und darunter auch die sich demokratisch nennenden Parteien, besonders die neue Staatspartei, in der letzten Zeit dieselbe politische Tendenz verfolgen. Lediglich unter Berücksichtigung der Parteiprogramme und Grundauffassungen dieser bürgerlich-demokratischen Parteien wäre es schon außerordentlich beachtlich, wenn man sehen müßte, daß diese Parteien um eines augenblicklichen politischen Erfolges willen mit dazu beitragen, die Rechte der Volksvertretung zugunsten einer diktatorischen Gewalt einer Minderheitsregierung einzuschränken. Hier liegt aber die Sache sogar noch schlimmer; denn wir haben ja gesehen, daß, um den gewünschten politischen Erfolg zu erzielen, nämlich die Notverordnung aufrecht zu erhalten, dieser Beschluß nicht einmal nötig war, sondern daß dazu nur nötig

war, zu beschließen, daß der Ausschuss die Besetzung nicht für verfassungswidrig hält, daß man in der Zuständigkeitsfrage aber dem Ueberwachungs-ausschuss durchaus die Rechte lassen konnte, die er nach der Verfassung hat. Oder hat man diesen Weg nur deshalb gewählt, weil man sonst keine Möglichkeit für seine Pläne zusammenbekam? Mühte man den Beschluß so formulieren, daß er die Zuständigkeit des Ausschusses beschränkte, anstatt in der den Anlaß zur ganzen Debatte selbst bildenden Frage eine Entscheidung zu treffen? Dann muß man annehmen, daß die radikale Rechte nicht bereit gewesen ist, die Besetzung der Reichsregierung für verfassungsmäßig und damit rechtmäßig zu erklären. Das ist aber nicht anzunehmen, denn das würde ja gerade dem widersprechen, was diese radikale Rechte plant, es würde nämlich auf eine Wahrung der Rechte des Reichstages hinauslaufen. Vom Standpunkt der radikalen Rechte aus war es durchaus möglich, auch wenn man Gegner des Inhalts der Notverordnung ist, diese Notverordnung dennoch für verfassungsmäßig zu erklären. Es ist daher ziemlich unwahrscheinlich, daß das der Grund zu dieser Formulierung dieses Antrages durch die Regierungsparteien ist, und man muß tatsächlich zu der Annahme gelangen, daß die Regierungsparteien und damit auch die bürgerlich-demokratischen Parteien völlig bewußt einen Versuch zur Beschränkung der Rechte des Reichstages unternommen haben. Damit aber zeigt sich, daß selbst diese bürgerlich-demokratischen Parteien und auch das Zentrum in bezug auf die parlamentarische Demokratie und in bezug auf unsere Reichsverfassung absolut unzuverlässig geworden sind.

Sammelbeitrag „getarnt“ ist. In meiner Verwaltung des Sportsfonds gab es nichts zu „lernen“, und wenn in den Unterleuten der „Börsezeitung“ die Verwendung an das Reichsbanner, das im Jahre 1928 eine Sportabteilung eingerichtet hat, sozialisiert erscheint, dann darf das hier nachgeholt werden aus dem Einmillion-Fonds des Jahres 1929 des Reichsbanner 2500, in Worten zweitausend fünf hundert Mark erhalten. Würden die Auslassungen der „Börsezeitung“ mich persönlich betreffen, dann hätte ich auf diese Verlegungen gar nicht geachtet. Ich habe nicht nötig, mich gegen Wort- und parteipolitische Verwendung von Staatsgeldern zu verteidigen. Diese Methode des politischen Kampfes war die Eigenart der alten Regimes, dessen Nachahmung mir nicht liegt. Der Artikel der „Börsezeitung“ hat jedoch eine nicht politische Bedeutung, und darum ist seine Verlesung nicht ganz überflüssig. Der Artikel schließt mit einem Appell um nicht zu sagen Befehl an den Reichsinnenminister Wirth:

Es wird Aufgabe des Herrn Reichsinnenministers Dr. Wirth sein, dafür zu sorgen, daß von nun an Staatsmittel nur solchen Organisationen zukommen, deren parteipolitische Neutralität garantiert ist.

Die Kreise der „Börsezeitung“ — das sind die schärfsten industriellen Konservativen — und ihre Goldschreiber mit dem Morgenluft. Das ist kein Geheimnis. Aber daß sie sich Wünschens ausgerechnet Herrn Wirth gegenüber so ungeschminkt vortragen, das ist — nicht nur für sie — außerordentlich bezeichnend. Denn von der „Börsezeitung“ beanstandeten Organisationen sind auch in früheren Jahren, schon unter den Ministern Dr. Kützler und von Reudell, aus den gleichen Fondsmitteln unterstützt worden. Sie haben in den einzelnen Jahren folgende Beiträge erhalten: 1926 (Dr. Kützler) 95 000 Mark, 1927 (von Reudell) 101 500 Mark, 1928 (Severing) aus dem um 1,5 Millionen erhöhten Fonds 149 500 Mark, und 1929 (Severing), nachdem der Fonds wieder um 500 000 Mark gekürzt war, 193 850 Mark. Herr Wirth wird also bedeutet, die Zuwendungen an Arbeiter-Sportorganisationen zu verweigern, die schon unter den beinahe nationalen Ministern von Reudell unterstützt worden sind.

Der Artikel der „Börsezeitung“ kommt zur rechten Zeit. Er zeigt allen wahren Sportfreunden im republikanischen Lager, wohin die Reise geht, wenn der Reaktion am 14. September nicht ein deutliches „Ja!“ gerufen wird. Herrn Wirth wird im stillen Kammerlein der Strohflur entrienen. Herr behüte mich vor meinen Freunden...

## Wer alles zu Eugenberger geht

Hugenberggruppe des Sammelbundes für Hochadel und abgetatete Generale

Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß die Hugenberg-Kreife nicht irgend einen „Zustrom zur Deutschen nationalen Volkspartei“ meldet. Was „abström“ natürlich nicht bezeichnet. Aber sehen wir uns den „Zustrom“ der letzten Tage einmal an. Da finden wir:

- General der Artillerie Kraft v. Deffernsingen,
- General der Infanterie Otto v. Below,
- General Rothach,
- Admiral a. D. Rebur-Paschew,
- Graf Münster.

Diesen „Zustrom“ gönnen wir Herrn Hugenberg von ganzem Herzen. Seltener an dann werden die Strategen des politischen Weltkrieges halb reflexlos um den Totengräber der Deutschen nationalen Partei verkommen sein, die endgültige Zertrümmerung des deutschen Parteigebildes kann beginnen. Die Gemeinschaft zwischen dem Totengräber Hugenberg mit den abgetateten Offizieren der alten Armee ist aber zugleich auch ein Zeichen dafür, daß die Großenkronen der Republik die schlimmsten Feinde des republikanischen Staates sind.

## Von der Front der politischen Stöße

Boschum, 6. August. (Eigener Drahtbericht.)

In Gladbeck kam es in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch zwischen ungefähr 30 Kommunisten und 15 Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei. In deren Verlauf zahlreiche Schüsse gewechselt wurden. Ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt und mußte im Krankenhaus gebracht werden. Auch zahlreiche Kommunisten erlitten Verletzungen. Die Haupttrübschützen wurden am Mittwoch festgenommen.

Malchin (Mecklenb.-Schw.), 6. August. (Eig. Drahtb.)

Anlässlich eines Treffens früherer Baltikumämpfer kam es hier zu einer großen Schlägerei mit Kommunisten. Die Streitenden schlugen sich mit Faustschlägen und Gummiknüppeln usw. aufeinander ein. Mehrere Personen erlitten zum Teil schwere Kopfwunden.

# Anteile der Reaktion

## Arbeiterpartei, aufgemerkt!

Von Carl Seering

Auf dem Nürnberger Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der im Juli 1929 stattfand, habe ich von einem Pläne gesprochen, alle aus Reichsmitteln unterstützten nationalen Kulturorganisationen, insbesondere die Sängerverbände, Turner- und Theaterverbände, zu gelegentlichen gemeinschaftlichen Werten zusammenzufassen. Dabei habe ich selbstverständlich nicht daran gedacht, das organisatorische Eigenleben der Bünde auch nur im geringsten anzutasten, denn jede Einschränkung der organisatorischen Selbständigkeit der in Betracht kommenden Vereinigungen hätte den Bestrebungen der Reichsregierung auf eine gesunde Verbreitung und Förderung der Selbsttätigkeiten, des Chorgesangs und der Kunstpflege beträchtlichen Abbruch getan. Wozuf es mir ankam, war, durch das Zusammenwirken der verschiedenen kreisbezogenen Bünde, zum Beispiel bei Verfassungsveranstaltungen, einer künstlichen Uebertreibung der weltanschaulichen und parteipolitischen Gegensätze auf den genannten Kulturgebieten zu begegnen und ferner einer vielfach beobachteten Einseitigkeit in den Arbeiten der Bünde entgegenzutreten. Man kann sich zu diesem Pläne stellen wie man will. Er hat in der Sache keine unangenehme Beurteilung gefunden. Nur wenige bayerische Blätter erwiderten in der Ausführung des Planes die Forderung, daß eine Zuständigkeit durch das Reich, die nach ihrer Auffassung zu den Rechten der Länder gehörte. Daß keine Ausführung in Verzug geriet und warum die Ausführung verzögert wurde, hat mit den nachfolgenden Betrachtungen nichts zu tun. Jedenfalls ist der Plan selbst ein Beweis dafür, daß mir eine einseitige Bevorzugung bestimmter weltanschaulich oder parteipolitisch beeinflusster Richtungen in den Kulturländern durchaus fern-liegen hat.

Die „Berliner Börsezeitung“ ist anderer Meinung. Unter der Ueberschrift „Reichs-Subvention für das Reichsbanner“ veröffentlichte sie vor einigen Tagen einen Artikel, der die Sozialdemokratische Partei im allgemeinen wie mich in besonders befehdigt. Staat und Partei miteinander zu verwechseln, das heißt die Bedürfnisse des Staates den Interessen der Partei unterzuordnen durch die Verwendung von Staatsgeldern zu reinen Parteizwecken. Zum Beweise für

diese Behauptung führt das Blatt an, daß aus einem vom Reichsminister des Innern verwalteten Fonds mit der Zweckbestimmung „Förderung des Turn- und Sportwesens“ neben einer Reihe parteipolitisch neutraler Organisationen auch Verbände mit ausgesprochen sozialistischem Charakter Zuwendungen erhalten haben. Das sind nach ihrer Meinung unter anderem die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege, der Arbeiter-Turn- und Sportbund, der Arbeiter-Athleten-Bund, der Verein Naturfreunde, der Verband Sozialistischer Arbeiterjugend, das Haus der Jugend in Frankfurt am Main, der Deutsche Republikanische Pfadfinderbund und endlich — das ist die Krönung! — das Reichsbanner! Zu diesen Auslassungen ist zunächst folgendes zu bemerken:

Ob die aus dem Turn- und Sportfonds unterstützten Organisationen parteipolitisch beeinflusst oder neutral sind, berührt die Zweckbestimmung des Fonds nicht. Sie ist an keine Voraussetzung parteipolitischer oder weltanschaulicher Neutralität gebunden. Deshalb hat es auch keinen Sinn, sich mit der „Börsezeitung“ über den Charakter des republikanischen Pfadfinderbundes oder des „Hauses der Jugend“ auseinanderzusetzen, die wohl höchst erkannte darüber sind, mit sozialistischen Organisationen gleichgestellt zu werden. Ebenso wenig wird es sich lohnen, mit dem Blatt darüber zu streiten, ob die von ihm als parteipolitisch neutral anerkannten Organisationen nichtsozialistischer Färbung dieses Prädikat tatsächlich verdienen. Neutral ist der „Börsezeitung“ eben alles, was nicht sozialistisch oder entschieden republikanisch ist.

Richtig ist, daß die von der „Börsezeitung“ aufgeführten Organisationen aus dem Sportfonds Zuwendungen erhalten haben, — der Arbeiterturnerbund wie die Deutsche Turnerschaft, die sozialistische Jugend wie die Jugend anderer weltanschaulicher Gruppen, soweit sie den Staat von heute bejahen. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich die staatliche Unterstützung von Organisationen, die ihre Ziele durch Gewaltanwendung erreichen wollen, für eine übertriebene Selbstverleugung, ja für staatlichen Selbstmord halte, an dem ich nicht mitwirken wollte. Darum fehlen die Bünde der Thälmanns und Genossen in dem Katalog der unterstützten Vereinigungen — info begründet, wie die Goebbels-Gruppen oder die Hugenberger Volksbegehrungs-Organisationen.

Der Artikel der „Börsezeitung“ wirft mir vor, daß die Höhe der dem Reichsbanner zugewiesenen Summen in einem

## Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

42) (Korrespondenzbericht)

Sollte sie ihr Geständnis widerrufen? Würde das Gerb noch helfen? Würde man ihr überhaupt Glauben schenken? Wohl kaum! Mit furchtbarem Marterbegriff ist es ihm, was sie an-gerichtet hatte. Und gleichzeitig erkannte sie die gleiche Mitleid, daß sie von Menschen, dem sie sich einst in Liebe hingeworfen hatte, auch heute noch lebte. Aber sie konnte Gerbs Eingebung, sie konnte Gerbs Verlangen nach letzter Reue nicht ablehnen. Sie konnte die hohen Anforderungen, die Gerb an sie gestellt hatte — und die sie nicht mehr befehl, daß er ihr jemals würde vergeben können. Sie wollte, daß sie ihn zu der getriebenen Liebe, daß sie ihn erkennen sollte, was das Fundament ihrer Liebe gewesen war. — Ein Glauben an sie.

Wenn sie kaum noch auf Fragen nicht antwortete und schweigend in den Augen des Mannes saß, der sie in der letzten Nacht von ihm getrieben hatte, so war es nicht die Schwermut, die sie in die Augen schenkte, sondern die Erkenntnis, daß sie nicht mehr befehl, daß er ihr jemals würde vergeben können. Sie wollte, daß sie ihn zu der getriebenen Liebe, daß sie ihn erkennen sollte, was das Fundament ihrer Liebe gewesen war. — Ein Glauben an sie.

gäulende Sorge um das Morgen. Kein Mensch, für den es der Mühe wert wäre, zu leben. Was also sollte ihr ein Leben unter solchen Voraussetzungen und mit solchen Aussichten?

Um die immer wieder aufsteigenden starken Herzensschmerzen zu mildern, hatte sie ein starkes Betäubungsmittel und Schlaf-mittel bekommen. Und eines Nachts nahm sie von diesem Pulvern eine überaus große Zahl, von dem einen Gedanken befehl, am nächsten Morgen nicht mehr zu erwachen. Als dann am folgenden Tag die Schwester ihr Zimmer betrat, fand sie Hetty in toten-ähnlichem Schlaf. Im ersten Augenblick glaubte sie, daß die Kranke fast lebte. Da sie aber nicht antwortete, und als die Schwester die erlöschende Atemberaubung in der Jacke der Pulver feststellte, rief sie sofort den Stationsarzt, welcher alsbald eine schwere Herznarberkrankung feststellte. Mit unglücklicher Mühe wurde sie wieder ins Leben zurückgerufen, aber ihr erstes Wort, als sie erwachte, war: „Weshalb habt ihr mich nicht sterben lassen?“

Kein niemand hatte Gerb erfahren, was mit Hetty ge-schehen war. Jedoch in den letzten Tagen war er von einer nicht mehr zu beschreibenden Unruhe. Er fühlte, daß etwas Un-gewöhnliches geschehen war. Dasselbe Gefühl hatte er schon einmal gehabt, als Hetty einmal operiert werden sollte. Damals hatte sie ihm versprochen, an welchem Tage es geschehen würde. Aber mitten während der Woche überkam ihn ein heftiges Un-gefühls, das ihn von Stunde zu Stunde heftiger. Und am Nach-mittag wurde er dann, daß sein Gefühl ihn nicht gelüßt hatte.

Dasselbe Gefühl hatte er jetzt, und er ruhte nicht über als die Dr. Walter ihm schließlich erzählte, wie es um Hetty stand. Da lag Gerb den Tag mit einem langen, schmerzlichen Blick auf sie.

„Es ist nicht so, sagt er, daß ich alle Schuld auf Gerb schiebe.“

Der arbeits aber schüttelte den Kopf.

„Du bist ein Unmensch, Gerb. Alles was ich dir sagen will, ist, daß ein Mann, der dich liebt, nicht mit einem solchen Blick auf dich sein kann. Du bist ein Unmensch, Gerb.“

„Aber es ist nicht so, sagt er, daß ich alle Schuld auf Gerb schiebe.“

„Du bist ein Unmensch, Gerb. Alles was ich dir sagen will, ist, daß ein Mann, der dich liebt, nicht mit einem solchen Blick auf dich sein kann. Du bist ein Unmensch, Gerb.“

Aber der Jurist lächelte nur ungläubig und schweigend. Das war die Lage vor Beginn der Hauptverhandlung. Gerb — leicht und körperlich heruntergekommen. Hetty lag und der Welt verweigert. Beide standen sich innerlich gegenüber und waren doch durch einen nicht überbrückbaren Abgrund voneinander getrennt. Nirgendwo war eine Möglichkeit, aus diesem Chaos der Gedanken und Gefühle herauszukommen.

Und jeder, der den Ablauf dieses Dramas verfolgen konnte, fragte sich, wie es wohl enden würde.

## Ausflug

Als endlich der Tag der Hauptverhandlung herannahte, die allgemeine Spannung aufs Höchste gestiegen. Man erwartete einen sensationellen Prozeß von enormen Ausmaßen. Das Publikum, welches den Gerichtsaal füllte, gehörte fast durchweg den Kreisen der Gesellschaft an. In der Hauptloge waren einige Frauen und mehrere gelebete Frauen erschienen. Da sich die beiden Hauptpersonen untereinander kannten, war bald eine Unterhaltung im Gange, welche auf mit Rücksicht auf die Unterhaltung etwas leiser und gemächlicher als sonst geführt wurde. Das Gespräch war auf vieles gerichtet, erwartete Entschlüsse, in denen das Wohlwollen dieser Menschen reiflos aufbeugen zu können war, was mit dem, mit gewandter Aufmerksamkeit, sich keine der erwartenden Manifestationen entgegen zu lassen. Denn das, was sie zu hören bekommen würde, stand ja weitestgehend fest.

Alle würde man wohl und angenehm erregt zuhören, die beiden Hauptpersonen auf die Fragen des Gerichts zu leben. Jedoch während der Verhandlung mußten die beiden Hauptpersonen über die Möglichkeit dieser letzten Liebe nachzudenken. Man sah, daß die beiden hochmütigen, welche sich — sowohl Mann als auch die Frau — stets von den anderen abgehoben hatten und sich besser dünnten, als ihre Umwelt, sich nun vor den Augen der Welt zu zeigen. Die beiden Hauptpersonen mußten die beiden Hauptpersonen über die Möglichkeit dieser letzten Liebe nachzudenken. Man sah, daß die beiden hochmütigen, welche sich — sowohl Mann als auch die Frau — stets von den anderen abgehoben hatten und sich besser dünnten, als ihre Umwelt, sich nun vor den Augen der Welt zu zeigen.



# Die Staatspartei will Unmögliches

Kr. In der „Aölnischen Zeitung“ (Morgenausg.) vom 6. August veröffentlicht der preussische Finanzminister Höpfer-Ashoff einen „Appell“ überschriebenen Aufsatz, dem er der Deutschen Volkspartei einbringlich ins Gewissen redet, dass die Sammlung der Staatspartei zu folgen und nicht länger mit feillichen Mitteln gegen die Sammlung liberalen Bürgeriums in einer Partei zu sperren. Dieser Appell ist politisch recht bedeutungslos. Zunächst weist er eine scharfe Absage an gewisse Bürgerlobbestrebungen enthält, insbesondere eine scharfe Absage an die neue gemäßigten Rechte und den rechten Flügel der Volkspartei insofern, als Höpfer-Ashoff es für die Staatspartei entschieden ablehnt, die Sozialdemokratie dauernd von der Regierung an der Reichsregierung auszuscheiden, und eben so scharf ablehnt, eine Bürgerlob-Regierung gemeinsam mit den Nationalsozialisten und den Jungensbergleuten zu bilden. Die scharfe Absage aus dem Munde eines so bedeutenden Politikers, der gerade in den letzten Wochen politisch sehr stark in Vordergrund gerückt ist, ist politisch sicherlich sehr erfreulich.

Wir wollen uns aber heute nicht damit beschäftigen, sondern möchten ein paar Bemerkungen machen zu einzelnen Ausführungen, die Herr Höpfer-Ashoff in der Begründung seines Appelles macht. Diese Ausführungen zeigen nämlich, wie sehr widerspruchsvoll und unmöglich die Behauptungen derjenigen in der Deutschen Staatspartei sind, die wirklich entschiedene Demokraten sind und ihren demokratischen Standpunkt beibehalten wollen. Höpfer-Ashoff umreißt die zu gründende liberale Partei in der Weise, daß er als ihre Elemente die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die volksnationale Bewegung bezeichnet, während die neue Rechte ausgeschlossen sein soll. Den Ausschluß neuer Rechte (Konservative Volkspartei und Landvolkspartei) gründet er damit, daß es unmöglich sei, so starke politische Gegensätze, wie sie die neue Rechte und die eigentliche liberale demokratische Gruppe bilden, in einer Parteiorganisation zu vereinigen. Er meint, der Parlamentarismus werde verneint, „wo handlung und berechtigte Gegensätze, die den Strömungen eines Volkes entsprechen, zu einer Parteinheit nur mit der Aufhebung auf den Staatsgedanken zusammengezwungen werden“. Sehr schön und sehr richtig. Nur scheint es uns dann auch unmöglich zu sein, Wirtschaftspartei, volksnationale Bewegung, Demokraten und Volkspartei in einer Partei zu vereinigen. In der Wirtschaftspartei ist sozialpolitisch mit der reaktionärsten Partei, die es im Reichstag gibt. Das hat ihre Stellungnahme zu allen sozialen Fragen im letzten Reichstag klar erwiesen. Die Wirtschaftspartei erwies sich dabei wiederholt als sozial viel feindlicher als sogar die neue Rechte, ja selbst als die Nationalsozialisten. Die Wirtschaftspartei will praktisch überhaupt keine sozialpolitisch. Wie wollen sich die Demokraten, die doch ihren alleinigen Sinn so außerordentlich stark betonen, mit dieser Partei einer politischen Organisation vereinigen? Kehliches gilt von dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei und den wirklichal Gefährten unter den Demokraten. Dasselbe gilt von den um Mahraun, und den ehlischen Pazifisten; unter den Demokraten usw. Höpfer-Ashoff fragt: „Wie sollen wir auf die hier mit Weharp und Schiele gemeinsam Kulturpolitisch, Wirtschaftspolitisch und Außenpolitisch machen können?“ Und er will mit der Frage zeigen, wie unmöglich die Zusammenkopplung der Volkspartei mit der neuen Rechte ist. Ebenso muß man doch fragen, wie wollen die sozial denkenden Demokraten mit der Wirtschaftspartei Sozialpolitisch machen? Wie wollen die wirklichen Pazifisten unter den Demokraten mit Herrn Mahraun Sozialpolitisch machen? Wie wollen die Gewerkschaftler unter den Demokraten mit den Leuten um Reinath, Scholz und den anderen Sozialisten von dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei Wirtschaftspolitisch und Sozialpolitisch machen? Das ist doch genau so gut unmöglich. Höpfer-Ashoff hat völlig recht, wenn er sagt, die neue Volkspartei könne nur dann groß und mächtig sein, könne nur die Sehnsucht von Millionen von Staatsbürgerern erfüllen, wenn ihr die entschlossene Richtung politischen Handelns nicht eine Verkopplung mit weisensfremden Elementen verbunden wird. Wiederum sehr schön und sehr richtig! Aber gerade deswegen wird es unmöglich sein, die Staatspartei über den bisherigen Stand hinaus auszubehnen und die vier Parteien in ihr zu vereinigen, die Höpfer-Ashoff im Auge hat. Nein, die Staatspartei macht Unmögliches. Und deshalb ist ihr unseres Erachtens schon vornherein der Lebensfaden abgekürzt.

# Jugendberg treibt Politik aus Angst

Stirnzungen Hitters ist für ihn Befehl. Dresden, 6. August. (Eig. Draht.) In der Gründungsverammlung der Dresdener Konfessionellen Volkspartei führte der bisherige deutsche Abgeordnete Dr. Rabenmacher u. a. aus: „Nur die hier vor der hemmungslosen Agitation der Nationalsozialisten die Haltung der Deutschen Volkspartei unter Führung Jugendbergs inner- und außerhalb des Reichstages bestimmt. Es ist so gekommen, daß das Stirnzungen Hitters für Jugendberg bestimmender ist als der Rat und die Meinung derjenigen, die bis zuletzt treu zur nationalen Sache gehalten haben.“

# Brotagratier gegen Industrie

Brief des Reichslandvolkes an den Reichsverhandlungsmittler. Berlin, 7. August. Das Vorgehen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der sich gegen eine Klärung des wirtschaftlichen Handelsabkommens gewandt hat, ist nunmehr eine Antwort des Reichslandvolkes durch ein Schreiben, das dieser an den Reichsverband des Reichslandvolkes gerichtet hat. In dem Schreiben heißt es: „Wir bedauern auf das lebhafteste diesen Vorgehen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der einen so wichtigen wirtschaftlichen Verhandlungszweig zum Tode verurteilt würde. Wir gestatten uns in nachdrücklicher und feierlicher Form gegen diesen Vorstoß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu protestieren und die Reichsregierung zu bitten, dem Schreiben des Reichsverbandes sein Verbleiben zu lassen. Die Verhandlungen zur Wiederherstellung der Wirtschaft des Reichslandvolkes, wie es der Herr Reichspräsident in der Reichsversammlung geltend hat, würde unmissverständlich durch die Reichsregierung den Forderungen der Industrie nachzugeben.“

# Wieder keine Regierung in Oldenburg

Oldenburg, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Versuche zur Bildung einer Regierung haben in Oldenburg noch immer kein Resultat gebracht. An der neuen Wahlprüfung hat sich die gesamte Linke abermals nicht beteiligt. Die beiden Minister Willers und Dr. v. Hübner einstweilen provisorisch die Geschäfte. Die Wahl eines Ministerpräsidenten soll am 15. Oktober erfolgen.

# Neue Abspaltungen der Demokraten

Der außerordentliche Jugendtag des Jungdemokratischen Verbandes Berlin-Brandenburg hat mit 3 Weidrittelmehrheit beschlossen, aus dem Jungdemokratischen Reichsbund auszutreten und sich der „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ anzuschließen.

# Mecklenburg macht sich wichtig

Schwerin, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die mecklenburgische Rechtsregierung, die von den Nationalsozialisten und Volkischen abhängig ist, hält in diesem Jahre keine Verfassungsfeier ab. Sie hat jedoch angeordnet, daß die staatlichen Gebäude besetzt werden. Im vorigen Jahre war es umgekehrt. Damals wurde die Verfassung „gefeiert“, während eine Besetzung der Staatsgebäude nicht erfolgte.

# Wahlgeheimnis und getrennte Stimmabgabe

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichstagswahlordnung läßt bei Reichstagswahlen eine nach dem Geschlecht der Wähler getrennte Stimmabgabe zu. Für kleine Gemeinden ist die getrennte Stimmabgabe nicht unbedingt, da sie das Wahlgeheimnis gefährden kann. Der Reichsminister des Innern hat daher die Landesregierungen ersucht, bei allen auf eine getrennte Stimmabgabe abzielenden Anordnungen besonders sorgfältig zu prüfen, ob eine getrennte Stimmabgabe ohne Gefährdung des Wahlgeheimnisses angeordnet werden kann. Eine Trennung der Wahlberechtigten nach Geschlechtern kann zur Vermeidung einer Verletzung des Wahlgeheimnisses nur in solchen Gemeinden vorgeesehen werden, die nach ihren Gesamtverhältnissen

hierzu geeignet sind, d. h. wo durch die Größe der Stimmbezirke und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse eine Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl ausgeschlossen ist.

# Neue Zusammenstöße in Nordfrankreich

Paris, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Im nordfranzösischen Streifengebiet ist es am Mittwoch zu neuen schweren Zwischenfällen gekommen, die sich diesmal auf belgischem Gebiet abgepielt haben. Gegen 8 Uhr abends bildete sich in der Nähe von Menin, dreihundert Meter hinter der Grenze, eine Ansammlung von etwa 2000 Streikenden. Die Polizei, die die Demonstranten auseinanderreiben wollte, wurde mit einem Hagel von Steinen und leeren Flaschen empfangen. Mehrere hundert Genarmen zu Fuß und zu Pferd unternahmen daraufhin mit blankem Säbel und aufgespitztem Bajonett einen regelrechten Sturmangriff. 20 Streikende wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Demonstrant erhielt einen Bajonettschlag ins Gesicht, der ihm ein Auge zerstörte. Es wurden 12 Verhaftungen vorgenommen. (Weiteres über die Streikentwicklung unter „Arbeit u. Wirtschaft“.)

# Die Wirren in China

Schanghai, 6. August. Die Wiedereinnahme von Tchangsha durch die Regierungstruppen wird durch Nachrichten aus ausländischer Quelle bestätigt. Zwei britische Kanonenboote und ein amerikanisches Kanonenboot liegen gegenwärtig im Fluß vor dem Fremdenviertel. In den Innenbezirken sind noch Schießereien im Gange.

# Neue Kurdenvorstöße in der Türkei

Angora, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Nähe von Aleppo brachen am Mittwoch wieder Kurdenbanden in türkisches Gebiet ein, zerstörten die Telephon- und Telegraphenleitungen und erließen gleichzeitig einen Aufruf zur Bildung eines unabhängigen Turkestan. Die aus dem Straf in die türkische Provinz Gallari eingedrungenen Kurdenbanden vermochten sich bisher gegen die türkischen Truppen zu behaupten. Die bereits für Mitte Juli angelegte türkische Gegenoffensive ist bisher angeblich nicht erfolgt, weil die türkische Regierung zunächst die Antwort der persischen Regierung auf die letzte Note der Türkei abwarten will.

# Preissenkung im Reichswirtschaftsrat

Vorläufig wird geredet

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der sich mit der Frage der Kartellpreise zu beschäftigen hat, ist am Dienstag zusammengetreten. Man hat am Dienstag vorgezogen, ganz allgemein über die Probleme zu reden. Diese Aussprache, bei der nichts herausgekommen ist, soll am Mittwoch fortgesetzt werden. Hoffen wir, daß man die fruchtlosen allgemeinen Erörterungen bald abstellen und weniger reden und mehr handeln wird.

Das setzt voraus, daß die Regierung etwas gegen den Kartellwucher unternimmt. Vom Willen der Regierung hängt alles ab. In diesem Zusammenhang interessiert eine Aussprache mit der langjährige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und jetzige stellvertretende Wirtschaftsminister Dr. Trendelenburg die Sitzung einleitete. Seine Rede brachte nichts Neues, dafür aber einige charakteristische Sätze, die gewissermaßen Anhaltspunkte für den Verlauf der ganzen Aktion bieten. Trendelenburg sprach nach dem amtlichen Bericht davon, daß die Reichsregierung bisher mit „Hilfe ihres Beschaffungsprogramms“ einen „Einbruch in das bestehende Preisystem erreicht“ habe und sie kartellmäßige Hemmungen der Preisentfaltung durch „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsfreien“ beseitigen will. Alles das haben wir bereits gehört. Die Wirtschaftsfreie, mit denen man „vertrauensvoll zusammenarbeiten“ will, haben auch bereits treffende Proben für ihre Bereitwilligkeit zu diesem „vertrauensvollen Zusammenarbeiten“ gegeben, die äußerst merkwürdig anmuten.

Wir verweisen dabei auf die Massenentlassungen der Berliner Großindustrie. Diese Massenentlassungen stehen schon lange auf dem Programm der Berliner Großkonzerne. Man hätte sie, wenn die Ereignisse der letzten Wochen nicht gekommen wären, langsam und allmählich durchgeführt. Jetzt macht man sie zu einem Instrument im Kampf für den Kartellpreis. Diese Dinge liegen doch so, daß die Berliner Großindustrie auf die Absicht der Reichsregierung, im Zusammenhang mit der Herausgabe des Beschaffungsprogramms Preisermäßigungen zu erzielen, mit der Massenentlassung von Angestellten drohte und auch zu Kündigungen überging. Wie man angeht dieser klaren Tatsache im Zusammenhang mit dem Beschaffungsprogramm von „Einbruch ins Preisystem“ sprechen und auf eine ehlische Mitarbeit der Wirtschaftsfreie rechnen kann, bleibt wohl ein Geheimnis des gegenwärtigen Reichswirtschaftsministers.

Eine merkwürdige Probe von vertrauensvoller Zusammenarbeit haben auch die Markenartikelfabrikanten gegeben. Es scheint so, als ob die Regierung mit dem Abbau der Markenartikelpreise einen Erfolg erzielen will, der ihrem Prestige und den Wahlausichten der Regierungsparteien zugute kommen soll. Nun haben vor einigen Tagen, wie der „Sozial-Preßedienst“ erzählt, Befragungen mit der Markenartikelfabrikanten, insbesondere mit den Markenartikelfabrikanten stattgefunden. Die Markenartikelfabrikanten stellen sich auf den Standpunkt, daß sie nichts dagegen haben, wenn man die letzten Verkaufspreise für Markenartikelpreise, die sie selbst aber könnten ihre Preise nicht erniedrigen. Sie hätten große Unkosten — das sind die berühmten wissenschaftlichen Unkosten, z. B. bei der Herstellung von Zahnpasta und Schokolade — und nähmen dem Einzelhandel die Kosten für die Reklame ab. Das heißt mit anderen Worten: Wenn die Regierung schon zu ihrem schärfsten gewaltsamen Preisgeiz kommen will, dann soll der Einzelhandel die ganze Last tragen. Der schwächste Teil in der Markenartikelfabrikanten soll damit getroffen werden. Man will nach unten treten, aber an den Kartellwucher der Großen nicht rühren. Wir stellen uns eine Bekämpfung des Kartellwuchers etwas anders vor. Dieser wird unsere Forderung, daß insbesondere die Preisführer der Kartellfabrikation angefaßt und vernichtet wird im Lager der Regierungsparteien nicht teilen. Es liegt im Mittelstandespolitisch dieser Kartellen aus, die bei den Wahlen auf die Stimmen des Einzelhandels kalkulieren.

Die erste Sitzung des Reichswirtschaftsrates hat immerhin gezeigt, daß die Preisentfaltung der Reichsregierung auf dem Wege geraten ist. Wir haben immer betont, daß man sich in der Preisentfaltung eine Waffe beschaffen hat, mit der man etwas gegen den Kartellwucher tun kann. Man muß aber diese Waffe anwenden wollen und man muß wissen, gegen wen man sie anwenden will. Wenn man schon einmal eine Preisentfaltung durch den Kartellwucher per se hat, was die Reichsregierung getan hat, dann muß man wissen,

weil man das getan hat; dann muß man wissen, wie die Preise durch Kartellwucher überhöht sind. Dann erübrigen sich auch die Fragen, die man an den Reichswirtschaftsrat gestellt hat und die darauf hinauslaufen, die ganze Aktion tot zu reden und auf die lange Bank zu schieben, um hinterher eventuelle Preisentfaltungen, die durch die ganze Wirtschaftslage bedingt sind, für die Regierung und die Preisentfaltung der Regierung in Anspruch zu nehmen. Wir fordern, daß die Regierung jetzt endlich Regeln mit Köpfen macht. Daß es Kartellwucher in Deutschland gibt, darüber kann nicht gelritten werden. Dieser Wucher ist der Regierung ebenso gut bekannt, wie uns. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann kann sie sich bei der Kartellstelle des Reichswirtschaftsrates ausreichend informieren. Die Regierung sollte das Material der Kartellstelle einmal anfordern und konkrete Fälle herausgreifen und sie dem Reichswirtschaftsrat vorlegen. Bei einem solchen Vorgehen käme etwas für die Preisentfaltung heraus. So lange die Regierung das nicht tut, ist ihre ganze Aktion Wache und Theaterdonner, einzig und allein auf die Wahl-agitation zugeschnitten.

## Bausteine

für eine bessere Zukunft

sind Deine Spenden für den Wahlfonds

### Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 6. August 1930

Der Mastvieh bezug: 1069 Rinder, 961 Kühe, 619 Gälde, 2085 Schafe  
Lederband vom vorigen Markte waren: 3 Rinder, — Kühe, — Schafe  
37 Schafe.

Wichtig Gesamtantrieb: 1071 Rinder, 961 Kühe, 619 Gälde, 2122 Schafe.  
Es wurden verkauft: 1071 Rinder, 961 Kühe, 619 Gälde, 2122 Schafe.  
(Der 20. Augustmarkt für Lebendgewicht.)

I. Rinder.		1071 Stück
A. Ochsen		
a) vollfleischige, ausgewachsene Mastochsen	1. jüngere	58
	2. ältere	10
b) leichfleischige 1. jüngere		45-47
	2. ältere	—
c) fleischige		—
d) gering geschlachtet		—
B. Kühe		
a) jüngere, vollfleischige, Mastochsen	281 Stück	53-54
b) leichfleischige Mastochsen		45-46
c) fleischige		—
d) gering geschlachtet		—
C. Gälde		
a) jüngere, vollfleischige, Mastochsen	488 Stück	45-47
b) leichfleischige Mastochsen		35-37
c) fleischige		37-39
d) gering geschlachtet		34-35
D. Schafe (Kastanien)		
a) vollfleischige, ausgewachsene Mastochsen	171 Stück	28-30
b) vollfleischige		18-20
c) fleischige		34-35
E. Hammel		
a) Doppelt oder Mehrfach	961 Stück	—
b) Mehrfach und Gemischt		64-70
c) Mittlere Mast und Schlachtkühe		32-34
d) Geringere Kühe		40-45
III. Gälde		
a) Mastochsen und jüngere Mastochsen 1. Mastochsen	619 Stück	57-60
b) Mastochsen und jüngere Mastochsen 2. Mastochsen		50-52
c) Mastochsen		—
d) Mastochsen		—
IV. Schafe		
a) Mastochsen über 120 Pfund (Kastanien) Mastochsen	2122 Stück	—
b) Mastochsen Mastochsen Mastochsen		—
c) Mastochsen		—
d) Mastochsen		—



# WERTHEIM

BRESLAU

# Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leichtverderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

## Käse u. Fett

Camembert vollfett Schachtel	0.22	Tilsiter ohne Rinde halbfett, 1-Pfund-Dose	0.82
Allgäuer Limburger Pfund	0.58	Schweizer bayr. Pfund	1.38 an
Edamer halbfett, Pfund	0.72	Margarine Pfd. 0.58 u.	0.50
Schweizer Dän. Pfund	0.84	Kokosfett 1-Pfd.-Tafel	0.50
Molkerel-Tafelbutter	Pfund 1.56		

## Wurstwaren

Salz- u. Leberwurst halbfett, Pfund	0.75	Zerelat u. Salami Holsteins Pfund	1.75
Rotwurst Thür. Pfund	1.00	Zerelat i. Fettdarm Holsteins Pfund	2.20
Hausm. Leberw. Pfund 1.60	1.40	Westf. Dauerwurst Pfund	2.10
Pistet-Leberw. Pfund	1.95	Rückenspeck deutsch Pfund	1.00
Teppwurst Pfund	1.60	Schweinesülze Pfund	0.55

## Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 1.00
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund 1.10
Querelste	Pfund 0.80
Kalbskamm mit Beilage	Pfund 0.88
Kalbsnierenstück mit Beilage	Pfund 0.96
Kalbsteck ohne Knochen	Pfund 1.50
Schweinerücken mit Beilage	Pfund 1.10
Schweineschinken mit Beilage	Pfund 1.10
Lammvorderfleisch	Pfund 1.10
Lammkeule	Pfund 1.30
Gehacktes	Pfund 0.80

<b>Eier</b> 10 Stück von	72 Pf. an	<b>Krebse lebende</b> Stück von	10 Pf. an
<b>Birnen große</b> schlesische Pfd.	25 Pf.	<b>Hühner gefroren</b> billigst	
<b>Tomaten runde</b> Pfund	18 Pf.	<b>Gulasch</b> Pfund	90 Pf.
<b>Pflaumen blaue</b> Pfund	28 Pf.	<b>Kneblaudwurst</b> Pfd.	1.00 Mk.

## Obst

Zitronen Dtz. von	0.38 an
Pflirsche Pfund	0.38
Apfel Gravensteiner Pfund	0.32
Eierpflaumen gelbe Pfund	0.35
Bananen Pfund	0.44

## Geflügel

Tauben Stück von	0.70
Gänse Pfund von	1.10
Enten gefr. Pfund von	1.10
Rehblätter Pfund von	1.00
Rehkeulen Pfund von	1.70

## Kolonialwaren

Sultaninen Pfund	0.48	Rote Grütze Pfund	0.40
Mandeln, süße Pfund	1.55	Bensdorf-Kakao Pfund	0.40
Vanille-u. Mandel-Pudding Pfund	0.50	Schokoladen-Pulver Pfund	1.00
Schokoladen-Pudding Pfund	0.74	Röstkaffee Pfd. von	2.00
Vanille-Soßen Pfd.	0.74	Gebr. Gerste und Roggen Pfund	0.40

## Wein

1929er Edenkobener süßiger Rheinwein	0.40
1929er Liebfraumilch zart, blomig	1.10
1928er Liebfraumilch ansprechend lieblich	1.10
1927er Liebfraumilch bestechend, kernig	2.10
1928er Maik. Schlangengässel vorzgl. Naturwein	1.10
1928er Clottn. Rosenberg saftig frischer Mosel	1.10

## Wein vom Faß

Maikammerer süßiger Rheinwein	0.40
Spanischer Rotwein kräftiger Tischwein	0.40
Johannisbeerwein	0.40
Cyder-Äpfelwein	0.40
Himbeersaft neue Ernte	0.40

## Konserven

Erdbeer-Konfitüre 2-Pfund-Eimer	1.35	Rollmops 1 ltr-Dose	0.78
Aprikosen-Konfitüre 2-Pfund-Eimer	1.15	Bismarckhering 1 ltr-Dose	0.78
Aprikosen-Apfel-Marmelade, 2-Pfund-Eimer	1.05	Erdbeeren neue Ernte 1/2 Dose	1.48
Vierfrucht-Marmelade 2-Pfund-Eimer	0.80	Pflirsche kalifornische 1/2 Dose	1.35
Bratheringe 1 ltr-Dose	0.60	Schnittbohnen 1/2 Dose	0.58
Hering in Gelee 1 ltr-Dose	0.78	Aprikosen spanische 4-Pfund-Dose	1.90

## Das Stadttheater ruft

zur Zeichnung von Abonnements für die Spielzeit 1930/31 auf.  
(A = Dienstag, B = Mittwoch, C = Freitag, D = Donnerstag, E = Dienstag, F = Mittwoch) finden je 22 Vorstellungen statt.

Den bisherigen Abonnenten werden ihre inneren Plätze bis zum 10. August zur Zeichnung gehalten. Angehörige der nächstfolgenden Kategorie haben die

**Abonnementpreise weiter ermäßigt!**

St. Zeichnungen bis zum 10. August sind eine Ermäßigung von 40% auf die gewöhnlichen Kartenpreise gewährt. Jeder Abonnent erhält kostenlos 22 Vorpostkarten. Die Kategorie des Abonnements ist für jeden Platz eine Grundgebühr zu entrichten: für Fremdenloge, I. Rang Orchesterloge, Orchesterloge 12.00, für Parterreloge, Balkon, II. Rang 8.00, für III. Rang 6.00. Das Abonnement wird erst nach Eingang der Grundgebühr eingeleitet. Die Grundgebühr wird bei Zahlung der 1. Rate voll in Anrechnung gebracht.

## Sind alle kommen,

besten an Erhaltung und Festigung deutscher Kunst und Kultur in dem besonders gefährdeten Osten gelegen ist. Zeichnungen werden täglich von 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr an der Theaterkasse angenommen. Der Abonnementsbeitrag ist in 4 Raten im voraus zu entrichten. Bei Zeichnung des Abonnements ist für jeden Platz eine Grundgebühr zu entrichten: für Fremdenloge, I. Rang Orchesterloge, Orchesterloge 12.00, für Parterreloge, Balkon, II. Rang 8.00, für III. Rang 6.00. Das Abonnement wird erst nach Eingang der Grundgebühr eingeleitet. Die Grundgebühr wird bei Zahlung der 1. Rate voll in Anrechnung gebracht.

Die einzelnen Raten betragen:	Ermäßigung	35%	40%	45%
Fremdenloge I. Reihe		33.85	31.35	28.90
I. Rang Orchesterloge I. Reihe		31.80	29.30	27.05
Orchesterloge I. Reihe		29.15	27.05	24.95
Fremdenloge II. Reihe		27.70	24.75	22.85
Parterre (I. bis 13. Reihe) und Parterrelogen		23.85	21.90	20.15
Balkon (I. bis 15. Reihe) und 2. Rang (Balkon u. Logen) I. Reihe		20.75	19.25	17.75
2. Rang (Balkon und Logen) II. Reihe		18.80	17.25	15.90
3. Rang Stippsitz		13.85	12.19	11.15

## WEGBEREITER DES PROLETARIATS

Erzählt von Willy Cohn

**AUGUST BEBEL** Mit 1 Bildnis. 90 Pf.  
**FRIEDRICH ENGELS** Mit 1 Bildnis. 90 Pf.  
**KARL MARX** 60 Pf.  
**ROBERT OWEN** 70 Pf.

Sieben erschienen:  
**WILHELM LIEBKNECHT**  
Mit 1 Bildnis. 90 Pf.

Aus einer Besprechung: Der Jugend gewidmet — frisch und leichtverständlich geschrieben — kann daher angelegentlichst empfohlen werden.

**Volkswacht-Buchhandlungen**  
Breslau  
Neue Graupenstraße 5 - Flurstraße 4  
Friedrich-Wilhelm-Straße 103

**DAS WERTVOLLE GESCHENK**

**Luna-Park** Tel. 55604  
Direktion: R. Strachetta  
**Varieté-Vorstellung**  
mit internationalem Programm  
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag nachm. Vorstellung 8 Uhr. Vorstellung m. Ball 4 Uhr.  
Montag, Mittwoch und Freitag: nur Abendvorstellung mit dem Verkehrten Ball.  
Eintritt: Nachmittags 25 Pf., abends mit Taxo Damen 30, Herren 50 Pf.

**Theodor Stolle's Gesellschaftshaus**  
Breslau-Gröbichen  
Jernspireher 328 24  
Heute Donnerstag:  
**Kinder-Freudenfest**  
Luftschiff Graf Zeppelin auf der Europareise  
Aufstieg von 3 Riesenluftballons  
**Großes Gartenkonzert**  
19 bis 19 Uhr: Eisbeine  
Tanz — Neue Kapelle

**Wilhelmshafen**  
Heute Donnerstag, 7. August  
**Sommerfest**  
veranstaltet vom Verein der Ehrenbeamten der Stadt Breslau  
**Großes Gartenkonzert**  
ausgeführt vom Verein ehem. Militärmusiker  
Tanz im Saale u. auf dem Tanzparkett  
Großes Brillant-Festwerk  
Anfang 5 Uhr nachmittags. — Abfahrt des Dampfers von der Freiheitsbrücke 4 Uhr.

**„Goldene Krone“**  
Kondensiert  
**Saft- und Kaffeehaus**  
Inhaber: Oswald Ehrenberg  
Heute großes Sektessenblatzen

**Erdbeerpflanzen**  
aus meinen Kiezenplantagen, die edelsten Sorten, das herrlichste Aroma, die neusten Sachen, Oberwachtel, Blau, Kathäpocken, vom Schwabland, Ananas usw. Ich garantiere von 1 qm 10 Pfd. Ertrag.  
Jeder kann sich die Pflanzen aussuchen. Jeder kauft beim Spezialhändler, billig und reell.  
**100 Stück 2.50 Mk.**  
**Paul Rottig, Kräutereibesitzer**  
Mühl- und Acker-Großhandel  
Breslau, Düringstraße 13  
Linie 6, Fernspr. 430 26  
Städler werden fachmännisch beraten

**BUSCH**  
die große Circuszeltstadt an der Jahrhunderthalle  
Täglich abends 8 Uhr große Vorstellung  
Am Sonnabend sowie Sonntag  
**2 große Vorstellungen**  
nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr. Auch in der Nachmittagsvorstellung das volle Weltstadtprogramm und das große Wasser-Manna-Festspiel.  
Kinder nachmittags halbe Preise  
Völkerschau und Zoologischer Park  
Täglich von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends geöffnet  
Vorverkauf: Verkehrsbüro Barasch, Tel. 528 41  
**Volkstümliche Preise**  
50 Pf. bis 3.50 Mk. (Fremdenloge 5.— Mk.)  
„Nur kurze Zeit“

**Rippl-Garten + Schein**  
Jeden Freitag: **Großes Kinderfest**

**Bettfedern**  
kaufen Vertrauenssache  
der Böhmisches Bettfedern-Niederlage  
**Friedrich-Wilhelm-Str. 45**

**Paul Przybylla**  
in der Gartenhalle, Galerie, Stand Nr. 371  
**Ausnahme-Angebot!**  
Feischer Deutscher Speck, bei 2 Pfd. das Pfd. 0.25  
Feischer Schweinebauch m. B., 1 Pfd. nur 0.75  
Schweinefleisch, Bratenstück m. B., 1 Pfd. nur 0.55  
Schweine-Koteletten . . . das Pfd. nur 1.15  
Schweinefleisch o. Knoch. u. o. Schwarze, Pfd. 1.30  
Schmorfleisch ohne Knochen . . . das Pfd. 1.50  
Braunschweiger und Teewurst 1/2 Pfd. nur 0.25  
Eisbeine, ff. gepöfelt . . . 1 Pfd. nur 0.75  
Bitte achten Sie genau auf  
Gartenhalle, Galerie, Stand Nr. 371

**Buchhandlung Volkswacht**  
Modernes Antiquariat  
Breslau 3 Neue Graupenstraße

**Schlafzimmer**  
echt Eiche mit Plüsch, 180 cm h., höhere Arbeit, vollst. komplett  
**785 Km.**  
**S. Brandt & Co.**  
Gartenstraße 25, I. (Zentral)

**Parteilreunde**  
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die  
**Volkswacht**  
Für Ehepaare mit Kind wird  
**Leerzimmer**  
angeht, Offer, mit  
gelagert unter  
an die Volkswacht  
Zahlung erbeten

**Schauspielhaus**  
Tel. 36399 Tägl. 8 Uhr  
Der Weltkrieger  
**Sally's Abenteuer**  
Loni Heuser  
Im Winter u. G.  
Wohlfühlpreis  
1-4 Mark  
Alle sonstigen Vergünstigungen sind aufgehoben

**LIEBKNECHT**  
Gastspiel  
**Guido Thielscher**  
in  
**Der wahre Jakob**  
3 Stunden Lachlust  
Täglich 8.15 Uhr

**Schlesische Philharmonie**  
Konzert  
Anfang 20 Uhr  
an der Jahrhunderthalle  
Dirigent: H. Bahr

Zurückgekehrt  
**Dr. Lewy**  
Zahnarzt  
Gartenstraße 51

Zurückgekehrt  
**Dr. Schmerel**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 48

**Edel-Bleikristall**  
Glas  
Jeden u. Bedarfs Artikel jeder Art. Reiche Auswahl. Besondere Preise.  
**Marie Becker**  
Neue Taschenstraße 27, an der Taschenstraße, Linie 3, 6, 13, 14

**Arbeitsstolen**  
aus Mill. und 2000  
besten Stoffen  
Täglich 8.15 Uhr

LIEBKNECHT

**2 Betten**  
aus Mill. und 2000  
besten Stoffen  
Täglich 8.15 Uhr

**2 Betten**  
aus Mill. und 2000  
besten Stoffen  
Täglich 8.15 Uhr



Breslauer Nachrichten

Ueber den Genuß von Milch

Regelmäßige Milchuntersuchung im Bakteriologischen Institut

Ueberall hört und liest man heutzutage den Mahnruf: „Trinkt Milch!“ Diese Mahnung hat ihre große Berechtigung, denn gerade die Milch ist ein Nahrungsmittel, das nicht nur billig, sondern in guter Qualität auch eines der hochwertigsten Nahrungsmittel darstellt.

Die Milch ist nicht nur Säuglingsnahrung, sondern auch für die erwachsenen und sporttreibenden Menschen ein wertvolles Nahrungsmittel, das kaum durch ein anderes zu ersetzen ist. Sie muß daher in jedem Haushalt, in Fabrik und in der Schule und auf allen Sportplätzen nicht nur reichlich angebunden, sondern auch reichlich genossen werden.

Heute liegen die Dinge aber ganz anders. Wie in allen anderen Wirtschaftszweigen, so hat man auch der Milchwirtschaft eingesehen, daß man dem Verbraucher nur die qualitativste Ware imponieren kann und daß man den Milchgenuss nur durch Verbesserung der Qualität heben kann.

Bei der Gewinnung einer guten Milch spielt die Gesundheit der Milchkuhe, deren Pflege und Haltung eine besondere Rolle. Bei der Kontrolle der Vorzugs- und Markenmilch wird daher auch der Gesundheitszustand der Kühe besonders streng überwacht.

Des Weiteren wird auf die Sauberkeit im Stall und die Reinlichkeit beim Melken besondere Sorgfalt verwandt. Es ist nämlich, daß beim unfauberen Melken viel Schmutz und Keime in die Milch gelangen, die den Geschmack und die Haltbarkeit ungünstig beeinflussen.

Um auch die Übertragung menschlicher Krankheitserreger durch die Milch auszuschließen, ist für die Markenmilch vorzuziehen, daß nur gesunde, ärztlich untersuchte Personen bei der Gewinnung von Vorzugsmilch tätig sein dürfen.

Die im Handel befindliche Vorzugs- und Markenmilch wird regelmäßig untersucht im Bakteriologischen Institut und Landwirtschaftskammer Niederschlesien.

Um eine nachträgliche Verunreinigung auszuschließen, wird die Milch am Erzeugungsort sofort tief gefühlt und auf Flaschen gefüllt. Mit der Schutzmarke der Landwirtschaftskammer versehen in den Handel. Diese tiefgefrorene, saubere Milch wirkt anders an heißen Sommertagen sehr erfrischend.

Die kontrollierte Vorzugs- und Markenmilch bietet jederzeit Gewähr für ein gesundes und hochwertiges Nahrungsmittel.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion fordert Stadtverordnetenentscheidung

Herzn  
Stadtverordnetenvorsteher Eugen B a d m a n n  
Breslau.

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen: Sofortige Erhebung der Stadtverordneten einmündigen. Auf die Tagesordnung beantragen sie folgende an den Magistrat zu richtende Frage zu setzen:

Was hat der Magistrat bisher getan, um die berechtigten Forderungen der Rentnieter bei der Siedlungs-A.S. darzulegen?  
Was gedenkt er noch zu tun?

Diese Forderung nach Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung wäre nicht notwendig gewesen, wenn Magistrat und Stadtrat sich zu größerer Bereitwilligkeit zu Verhandlungen gehabt hätten mit dem ernstlichen Wunsch, hier sich einmal zu einer vernünftigen Regelung zu kommen. Auch die Vorberufung der Mieter, daß sich die Kleinwohnungsbaugesellschaft mit der Festlegung der Mieten in den Neubauten befassen soll, blieb bisher unbeachtet.

Die Untermieter in Breslau

Die letzte Reichszählung hat vor allem für die Mittel- und Großstädte besondere Bedeutung durch lückenlose Feststellung von Wohnraum und Wohnungsbedarf. Es haben sich dabei wesentliche Unterschiede in der Wohnweise der Großstädte herausgestellt. So stellen Bremen mit fast 60 v. H. aller Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, und Breslau mit 74 v. H. Großhauswohnungen die äußersten Gegenpole dar.

In Breslau wurden gezählt 14549 Wohngebäude, von denen die meisten mit 34,8 v. H. 1 bis 2 Wohnungen enthalten. Vorhanden sind 149850 Wohnungen, von denen die meisten mit 50,5 v. H. sich in Gebäuden mit 5 bis 10 Wohnungen befinden.

Kinderfreunde-Erfolg

In Zentrumsstreifen kämpft man zwar nicht selten über unsere Kinderfreundebeziehung, aber man macht sie uns nach. Durch zweitausend Jahre ist es der Kirche nicht in den Sinn gekommen, etwas für die körperliche und soziale Gesundheit der Jugend zu tun, in diesem Jahre aber hat der Breslauer Diözesan-Caritas-Verband genau wie die Kinderfreunde ein Zeltlager eingerichtet. Und die „Sächsische Volkszeitung“ ist über das Ergebnis der Gemeinschaft ganz entzückt.

Unbekannter Zoter auf dem Bahnkörper

Selbstmord oder Unfall  
Auf dem Bahnkörper der Umgehungsbahn zwischen Breslau und Woißhitz entdeckten gestern nachmittags die Bediensteten eines vorbeifahrenden Zuges die Leiche eines Mannes, die schwere Kopfverletzungen und Verblutungen aufwies. Es handelt sich um einen etwa 20 bis 25 Jahre alten Mann, der anscheinend von einer Lokomotive erfasst und zur Seite geschleudert worden ist.

Mit Gas vergiftet

Am Mittwochabend nahmen Bewohner eines Grundstückes auf der Schlegelstraße einen starken Gasgeruch wahr, der aus der Wohnung des Kaufmanns S. kam. Die verständigte Polizei stellte fest, daß die Wohnung von innen verschlossen war, konnte sich aber durch ein offenes Fenster Einlaß verschaffen und fand den Wohnungsinhaber bewußlos auf. Er wurde sofort in das Allerheiligen-Hospital geschafft.

Wieder Photoapparate gestohlen

Photoapparate sind in der letzten Zeit ein ganz besonders begehrtes Einbrecherobjekt geworden. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo ein oder mehrere ausgefallene Fotoapparate ausgeraubt werden. Auch in der vergangenen Nacht wurde wieder ein Geschäft in der Kottbusstraße heimgesucht, bei dem die unbemerkten Täter das Eisenblech entzerrten, den Seitenteil des Schaufensters einschlugen und Photoapparate im Werte von 220 Mark herausholten.

Wird die Unfall gefahren

In der Nacht zu Mittwoch fuhr an der Ecke Kaiser-Wilhelm-Viktoriastraße eine Kraftfahrerin auf die Straßenbahn und wurde mit voller Wucht gegen eine dort stehende Gaslaterne, in der sie umgeknickt wurde. Der Führer des Wagens und die drei Fahrgäste erlitten erhebliche Verletzungen und mußten sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Das Auto mußte abgeschleppt werden.

die meisten mit 34,8 v. H. 1 bis 2 Wohnungen enthalten. Vorhanden sind 149850 Wohnungen, von denen die meisten mit 50,5 v. H. sich in Gebäuden mit 5 bis 10 Wohnungen befinden. Auf ein Wohngebäude unserer Stadt entfallen im Durchschnitt 10,3 Wohnungen. Von 100 Neubauten aus den Jahren 1918 bis 1927 sind 53,9 Ein- und Zweifamilienhäuser. Die Zahl der Kleinwohnungen (1 bis 3 Wohnräume) in unserer Stadt beträgt 100850 = 67,0 v. H. sämtlicher bewohnter Wohnungen, in denen 61,9 v. H. der Bevölkerung wohnen.

Eindringlicher als andere Zahlen geben gerade die Aufstellungen über die Untermieterverhältnisse ein Bild der furchtbaren Wohnungsnot, unter der vor allem die größeren Städte noch zu leiden haben. Der Wege, dieser Not Herr zu werden, sind Vorschläge genug von den verschiedensten Seiten gemacht worden. Es gilt, den für jede Stadt unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse geeigneten Weg zu finden und mit Energie zu beschreiten.

2 Autos zusammengefahren

In der vergangenen Nacht wälzten am Lauenzienplatz zwei aus der Schweritzer Straße kommende Autos in die Lauenzienstraße einbiegen und fuhren dabei in die Umarmung des Lauenzienbäumchens. Ein Wagen wurde so stark beschädigt, daß er abgeschleppt werden mußte. Zwei Insassen des einen Wagens, die Frieseje Großl und die Verkäuferin Galisch aus Reichenbach wurden verletzt und mußten in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden.

Stach mit dem Hauswirt

Auf nicht sehr gutem Fuße scheint der Hauswirt des Grundstücks Weidenburgerstraße 5 mit seinen Mietern zu stehen. Gestern nachmittag löste ein im Hause wohnender Arbeiter die Türschleibe der Hauswirtswohnung ein und verschaffte sich so Zutritt, wobei er mit der allein anwesenden Hausbesitzerin ins Handgemenge gekommen sein soll. Als der Hausbesitzer nach Hause kam, holte er die Polizei und ließ den Arbeiter verhaften.

Windstoß verursacht einen Verlehrsfall

Als in der Nacht zu Mittwoch der Droschkenführer Hüßner hinter einem mit einer Plane gedeckten Kräuterkarren die Kaiser-Wilhelm-Straße entlang fuhr, blies plötzlich ein starker Windstoß die Plane auf, wodurch das Droschkenpferd scheute und mitten auf die Straße in einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Personentransportwagen hineinstieß. Dabei wurde der Kutscher vom Bod geschleudert und verletzt und auch das Pferd erlitt so schwere Verletzungen, daß es abgetötet werden mußte. Das Auto wurde beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Alle Mauerfunde

Bei den im Zusammenhange mit der Straßenverbreiterung in der Dominikaner-Straße und am Ohlauufer vorgenommenen Kohlerlegungsarbeiten in der Dominikaner-Straße zwischen Kirchstraße und dem Oberen Bär und dem Dominikaner-Platz zwischen Kirchstraße und Weiger Ohle ist man auf umfangreiche alte Fundamente gestoßen, die wahrscheinlich von den alten Befestigungswerken der Stadt herrühren. Diese Mauern, die trotz des langen Lagerens im Erdreich sehr gut erhalten sind, liegen teilweise nur einen halben Meter unter dem Bürgersteigpflaster und müssen, um Platz für die Kohlerlegung zu schaffen, in angelegtester Arbeit beseitigt werden.

Der Bahnverkehr im Juli 1930

Die Verkehrszustände der Reichsbahndirektion Breslau teilen mit: Die Verkehrsverhältnisse fanden im Monat Juli weiter unter dem Einfluß der gespannten Wirtschaftslage. Ein noch stärkerer Verkehrsrückgang wäre zu verzeichnen gewesen, wenn nicht Schiffsverkehr wegen Stilllegung der Derschiffahrt zum Teil auf die Bahn übergegangen wären.

Der Personenverkehr war während des Berichtsmontats infolge des Ferienverkehrs sehr lebhaft, jedoch geringer als im Vorjahre. Zu Beginn der Ferien wurden in Breslau-Hbf. und Freiburger Bahnhof 12334 Fahrkarten, gleich 14,49 v. H. weniger verkauft als im Vorjahre. Auch im weiteren Verlauf des Monats Juli war der Personenverkehr nicht besonders lebhaft. Hierbei machte sich die Abwanderung auf den Kraftwagenverkehr immer mehr bemerkbar. Ungünstige Wirtschaftslage und nachteilige Witterung sind weitere Gründe für den Verkehrsrückgang. An Sonderzügen wurden gefahren: 17 Gesellschaftszüge, 8 Vor- und Nachzüge für den Sonntagverkehr, 109 Verlastungszüge für den Ferienverkehr, 17 Entlastungszüge für den härteren Sommerverkehr, 2 Fiskuszüge, 8 sonstige Sonderzüge. Wichtige Änderungen im Personenzugfahrplan sind nicht eingetreten.

Die durchschnittliche Wagensetzung im Güterverkehr war geringer als im Juni. Alle angekündigten Güterzüge wurden gefahren. Der Umfrachtverkehr war wegen fast völliger Einstellung der Schiffsahrt sehr gering.

Volksrat Breslau

Untere Generalversammlung findet am Montag, den 9. August, 17.30 Uhr, im Gemeindefausthaus, Heiner Straße, statt. Einlaß frei.







## Freie Bahn — dem Geldbeutel

### Wer darf Schiffsoffizier werden?

Das Reichsverkehrsministerium hat die Absicht, bestehende Vorschriften über die Besetzung deutscher Seefahrts-Schiffe mit Kapitänen und Schiffsoffizieren sowie die Bestimmungen über diesen Besetzungsnachweis abzuändern. Es handelt sich hier um die breite Öffentlichkeit interessieren, denn der Besetzungsnachweis und die Abprüfung so vieler Schiffe durch allehand Bildungsmonopole haben in jüngster Zeit wiederholt scharfe Kritik erfahren.

Die Zulassung zu den Seefahrtschulen sowie zu den Kapitän- und Steuermannsprüfungen ist nach den Plänen des Reichsverkehrsministeriums wie bisher von einer praktischen Segel-Schiffen abhängig gemacht. Man könnte der Zulassung auf Segelschiffen neben der auf Frachtschiffen trotz anderer Bedenken — das Segelschiff hat keinen Kontakt mit der Wirtschaft und die Segelschiffahrt ist durch die technische Entwicklung zum Absterben verurteilt — zustimmen, wenn die Bedingungen zur Zulassung für die Schiffsoffiziersbildung und die Ausbildung selbst erträglich wären. Es geht es aber mit den Aufnahmebedingungen? Eingestellt werden Jugendliche von 15 bis 16 Jahren. Wenn sie Oberstufe haben, dürfen sie 18, wenn sie das Abiturium oder höhere Lehrauftrag hinter sich haben, auch 19 Jahre alt sein. Die jungen Leute sollen im allgemeinen kurz vor ihrer Zulassung die Schule verlassen haben und nicht bereits in anderen Berufen tätig gewesen sein. Ueber Ausnahmefälle entscheidet eine besondere Kommission. Waren jugendliche Bewerber schon im Seemannsberuf tätig, dann werden sie grundsätzlich nicht eingestellt.

Und die Kosten? Für Verpflegung, Ausbildung, eventuelle Krankenbehandlung — mit Ausnahme zahnärztlicher Behandlung — für Ausrüstung und Prämie für Effektenversicherung sind für das erste Ausbildungsjahr auf dem Schiff 1200 Mark zu zahlen. Für die weitere Ausbildung als Kapitän auf Frachtschiffen — insgesamt bis 20 Monate Seefahrtzeit — sind als Penfionsgeld und Prämie für Lebensversicherung im ganzen noch 613 Mark zu zahlen. Freie Stellen auf Segelschiffen sind vorhanden. Besonders tüchtig nachweislich bedürftige Schiffsjungen können aus einem Stipendienfonds einen beschränkten Zuschuß für die Kosten des Lebensjahres erhalten. Ein Nachschuß der Kosten für das erste Jahr auf Frachtschiffen erfolgt unter keinen Umständen. Der Vater oder Vormund muß also alles in allem mindestens 2000 Mark zur Verfügung haben, wenn sein künftiger Sohn ein Schiffsoffizier werden will.

Damit ist den Söhnen der minderbemittelten Bevölkerung der Weg in die höhere Seemannsberufswelt vollkommen versperrt. Er steht nur denen offen, die in der Wahl ihrer Eltern vorzüglich waren. Im vorigen Jahr sind, wie aus dem Geschäftsbericht des Reichsverkehrsministeriums zu entnehmen ist, von 555 Bewerbern 208 eingestellt worden; darunter 111 Volkswärter, den Stamm bilden die jungen Leute mit Oberstufe. Die geringe Zahl der eingestellten Volkswärter (ein Prozent der Jünglinge) ist zweifellos darauf zurückzuführen, es bei den Eltern an dem notwendigen Geld mangelt. Warum wir nicht erfahren, wieviel Volkswärter unter den Bewerbern waren und wieviel wegen Fehlens der Mittel zurückgewiesen wurden.

An der Beantwortung dieser Fragen ist die Öffentlichkeit schon deswegen interessiert, weil vom Reich und den Ländern sowie von den Küstenländern dem Deutschen Seemannsverein jährlich erhebliche Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zufließen. Wir haben nichts gegen die Herstellung solcher Mittel zu Ausbildungszwecken der Seefahrt, aber einseitige Verwendung der Mittel und die Auswahl der Jünglinge fordern unseren Widerspruch aus. Auch sind wir der Auffassung, daß die Ausbildung besserer Schiffsoffizierwärter überflüssig würde, wenn alle Leute eine ordentliche Ausbildung in vorgeschriebener Lehrzeit erhielten. Bei den Seeleuten des Deutsches fehlt es hieran gänzlich.

## Beamteninternationale tagt in Genf

Genf, 7. August. (Eigener Fernbericht.) In Genf trat am Mittwoch der dritte Kongreß der Beamteninternationalen zusammen. Aus fast allen europäischen Staaten Delegierte erschienen. Ebenso ist eine Abordnung des Internationalen Gewerkschaftsbundes anwesend. Der internationale Sekretär Nordhoff hob in seiner Begrüßungsansprache die Fortschritte der Beamtenbewegung hervor. Der Geschäftsbericht wurde genehmigt. Raabe-Pariseau verlangte in der Aussprache von der Internationalen ein Manifest, worin das ungenügende Niveau der Gehälter festgesetzt und den Landesorganisationen ein bestimmter Weg gezeigt werde, auf dem die Beamten zu einem gleichwürdigen Dasein gelangen könnten. Die Anregung wurde dem Büro zur weiteren Überprüfung überwiesen.

Münster-Beitz, der Sekretär der Internationalen Föderation des Personals der öffentlichen Dienste und Betriebe, sprach über die Frage des Zusammenschlusses der Beamten-Internationalen der Föderation. Er verwies auf einen Beschluß des Stockholmer Kongresses vom Jahre 1920, der zur Voraussetzung des Zusammenschlusses der beiden Internationalen den nationalen Zusammenschluß der Landesverbände der Beamten und Arbeiter der öffentlichen Diensten macht. Münster betonte, daß eine Fortsetzung von der Föderation durchgeführte Erhebung diesen Zeitpunkt bestätigt habe.

Die Zusammenarbeit der öffentlichen Angestellten wurde vom Kongreß in einer einstimmig angenommenen Entschließung lebhaft befürwortet. Büro und Exekutive der Beamten-Internationalen wurde beauftragt, für die Verwirklichung der Zusammenfassung der internationalen Kräfte in öffentlichen Diensten einzutreten und auf die Einberufung einer unvermeidlichen Aussprache zur Klärung aller einschlägigen Fragen hinzuwirken. Eine entsprechende Entschließung fordert einheitliche Regelung der von den einzelnen Ländern an das Internationale Sekretariat der Beamten-Internationalen zu leistenden Beiträge. Kongreß nahm auch einen von deutscher Seite gestellten Antrag an, worin die Aufnahme eines engeren Verhältnisses zwischen dem Internationalen Beamtenbund und dem Internationalen Gewerkschaftsbund begrüßt wird. Ebenso stimmte er dem Antrag zu, die Anerkennung der Beamten-Internationalen als Berufsverband des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu erwirken. Er ermächtigte dementsprechend das Büro zu einem entsprechenden Kontakt mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in London einzutreten und die Anerkennung der Beamten-Internationalen als Berufsverband herbeizuführen. Schließlich wurde der Kongreß, daß die Mitwirkung der Beamten der öffentlichen Verwaltung gegen geschlechtliche Ungleichheit, die so wichtige Mitarbeit muß auf paritätischer Grundlage zwischen den Interessen und von Gewerkschaftsorganisationen aufrecht erhalten werden.

Am Mittwochabend fand eine gut besuchte Kundgebung der Beamten-Internationalen statt, in der vor allem der Friedenswille der Beamten kräftig zum Ausdruck kam.

## Bemerkenswerte Versuche mit der Fünftageswoche

werden im Bericht der englischen Fabrikinspektoren mitgeteilt. Es handelt sich vor allem um Versuche in Maschinen- und Nähfabriken. Die Ergebnisse waren vom Standpunkt der Betriebe aus im allgemeinen befriedigend. Hervorgehoben werden im Bericht zwei Fälle, in denen die Produktion nach Einführung der kürzeren Arbeitszeit steigerte, während die Kosten fielen. Bei einer Londoner Baufirma stieg die Produktion um 22 bis 26 Prozent, während die fixen Kosten um 6 bis 7 Prozent heruntergingen. In den meisten

## Einheitsverband und Reichstagswahl

### Kampf dem reaktionären Kurs des organisierten Unternehmertums

Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner haben dieser Tage in Dresden zum Reichstagswahlkampf Stellung genommen. Der Verbandsvorstand, Reichstagsabgeordneter Schäffel, forderte in seinem Vortrag über die wirtschafts- und organisationspolitische Lage der Eisenbahner auf, zu ihrem Teil mit aller Kraft bei der Wahl dem reaktionären Kurs des organisierten Unternehmertums Halt zu gebieten. Schäffels Ausführungen fanden ihre Zusammenfassung in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die im wesentlichen folgendermaßen lautet:

Der Einheitsverband wird sich jedem Versuch eines Ab-

wechslens finden die Versuche in Fabriken statt, deren Arbeiter längere Wege bis zum Arbeitsplatz zurücklegen haben.

## Moderne Erpresser

Die Berliner Metallindustriellen gehen immer rigorosier gegen die Angestellten vor. So ist die Firma A. Stod & Co. Marienfelde, dazu übergegangen, kurzerhand bei gleichbleibender Arbeitszeit Gehaltsabbau zu fordern. Die Firma hat 95 Angestellte gekündigt und davon 4 sofort bei Weiterzahlung des Gehaltes entlassen. Der Rest der Angestellten wurde vor die Alternative gestellt, entweder mit geringerem Gehalt weiterzuarbeiten, oder sich als gekündigt zu betrachten. Von einer Arbeitszeitverkürzung ist überhaupt nicht mehr die Rede.

Es handelt sich nur noch um eine gewalttätige Erpressung von Gehaltsentzug. Widerstand gegen diese Erpressung wird durch die Firma mit Entlassung geahndet. Das Unerträglichste ist, daß die Firma verlangt, die Dinge so zu drehen, als ob die Angestellten, die sich mit dem Erpressungsmandat nicht einverstanden erklären, selbst kündigen. Mit derartig faulen Handlungen möchten die Metallindustriellen ihren Tarifbruch beschönigen.

## „Wir zer schlagen euch die Gewerkschaften“

### Nationalsozialistische Kapitalistenrechte

„Wir zer schlagen euch die Organisation der Arbeiter schaft. Wir zer schlagen euch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr uns Recht geben, in unserer Agitation aus dem Geist der Arbeiterschaft anzupacken. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grundes und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir diese Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden.“

So sagt Hans Held in einem Aufsatz „Politische Streiflichter“, den er im Aprilheft der jungdeutschen Monatschrift „Der Arbeiter“ veröffentlicht, die Gründe zusammen, durch die die „Männer der Großindustrie und der Bauwelt diesen Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermauern.“ Die Ermüdigungen, die Held anstellt, sind keineswegs neu. In dieser Deutlichkeit sind sie aber wohl nirgends ausgesprochen worden.

Gibt diesem Raubzeug am 14. September die Quittung. Wählt Sozialdemokraten!

haus der Realöhre mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenstellen, da der hemmungslose Lohn- und Gehaltsabbau die Wirtschaft nicht hebt, wohl aber die produktiv tätigen Teile der Bevölkerung der Verelendung ausliefert. Scharfsten Protest erhebt der Verband gegen die von dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichsbahn, Herrn von Siemens, an die Reichsregierung gerichtete Aufforderung, sogar durch Rechtsbruch das Einkommen der Eisenbahner zu kürzen. Das Gleiche gilt gegenüber dem schematisch vorgeschrittenen Personalabbau, sowie der aller Moral und den guten Sitten zuwiderlaufenden Verschlechterung der Lage der Hilfsbeamten. Für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeitslosen, fordert die Konferenz Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Werte schaffenden Arbeitslosenfürsorge. Angesichts

der Bedeutung der Reichstagswahlen für die Zukunft des arbeitenden Volkes und in der klaren Erkenntnis, daß die Regierung Müller seinerzeit nur beauftragt wurde, weil sie sich entschieden für die gewerkschaftlichen Forderungen einsetzte, appelliert die Konferenz an die Eisenbahner und ihre Familienangehörigen, die Sozialdemokratische Partei, die sich als die beste politische Vertretung der Eisenbahner erwiesen hat, bei der Wahl am 14. September mit aller Kraft zu unterstützen.

Die Forderung einer einheitlichen Verkehrs politik wurde von der Konferenz im Anschluß an einen Vortrag des Vorstandsmitgliedes Jahn über die verkehrs politische Lage durch eine ebenfalls einstimmig angenommene Entschließung wirksam unterstützt. In ihr wird darauf hingewiesen, daß nur eine einheitliche Politik der Verkehrsträger (Eisenbahn, Binnenwasserfahrt, Kraftverkehr und Luftfahrt) die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit ergibt. Eine gerechte Verteilung der Reparationslasten sei eine wichtige Voraussetzung für eine einheitliche Verkehrspolitik. Alle wichtigen Verkehrsunternehmen seien gemeinwirtschaftlich vom Reich zu betreiben. Bezüglich der Beförderungs- und Haftpflicht, sowie der Tarifgestaltung müßten die öffentlichen Verkehrsunternehmen die gleiche gesetzliche Behandlung erfahren. Ebenso sei eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der sozialen Einrichtungen für das Personal anzustreben. Die Herstellung und Erhaltung der Fahrzeuge sei in erster Linie Aufgabe der in Frage kommenden Verkehrsunternehmen. Das gelte vor allem für den sich ständig entwickelnden Kraftverkehr. Während die Reichsbahn vor allem volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen habe, verbleibe die übrigen Verkehrszweige überwiegend privatwirtschaftliche Interessen. Aus dieser Berücksichtigung des Wirtschaftszweiges ergebe sich der schäbige Kampf zwischen den Verkehrsträgern, und dieser Kampf führe nur zu einer Vergeudung von Volksvermögen.

## Massenentlassungen bei den Bochumer Hüttenwerken

Bei der Eisen- und Hüttenwerke A.G. in Bochum, wo etwa 6000 Mann infolge der Ablehnung des Akkordtarifs der Werksleitung, der einen Abzug von 14 bis 20 Prozent nach sich zieht, die Arbeit geschlossen niedergelegt haben, ist eine Verschärfung der Lage eingetreten. Die Werksleitung hat jetzt Massenentlassungen vorgenommen. Etwa 1300 Arbeiter der Belegschaft sind zurzeit außerhalb der Betriebe.

Die Arbeiterpresse des Bezirks warnt vor Arbeitsaufnahme bei der Eisen- und Hüttenwerke A.G. Die Arbeiterschaft der Blechwalzwerke ist gut organisiert. Der Werksleitung dürfte es daher kaum gelingen, Arbeitswillige für die Durchführung ihres Lohnkitts zu erhalten.

## Die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten

Provinzsausschuß Schlesien, teilt mit, daß an der Schlesischen Beamtenfachschule ein 7. Ausbildungslehrgang in den Monaten November/Dezember 1930 und März/April 1931 stattfindet. Auskunft über die Aufnahmebedingungen durch den Provinzsausschuß Schlesien, Breslau, Friesenstraße 50. Meldeschluß ist der 1. September 1930.

## Es geht auch ohne Entlassungen

Die Reichspost hat trotz Nationalisierung in den letzten zwei Jahren Personal eingekürzt. Im Jahre 1928 wurden 800 und 1929 200 neue Kräfte eingestellt.

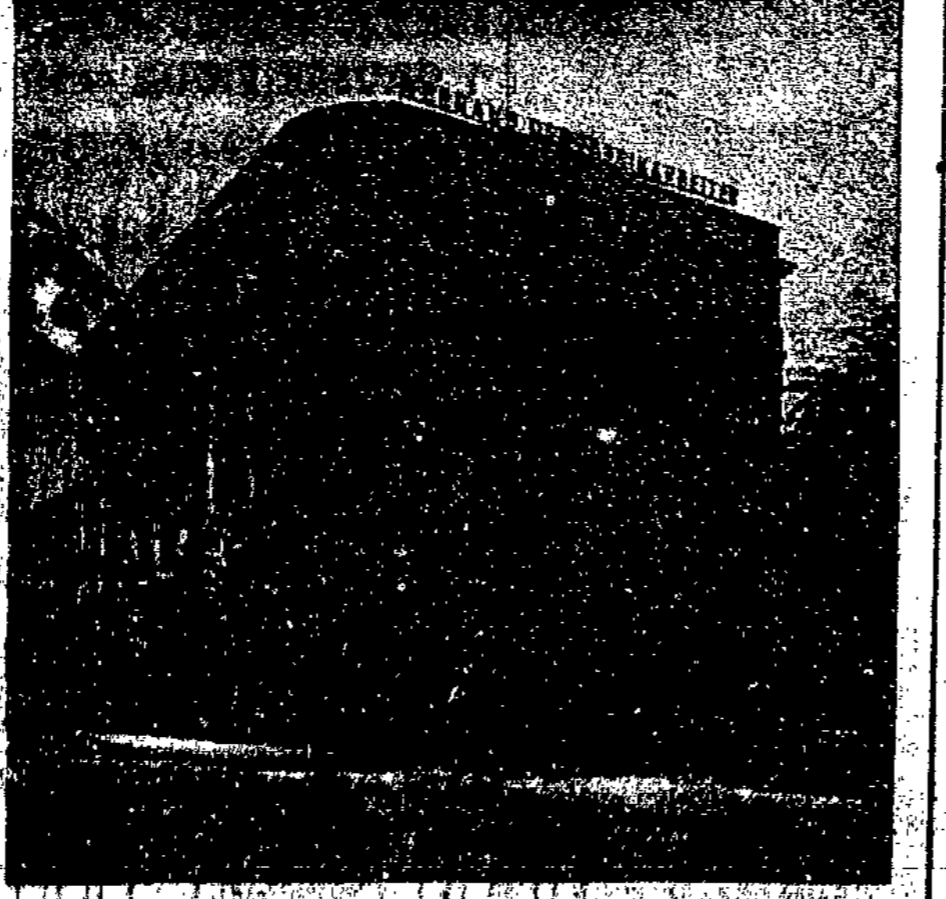
## Stetiger Kampf in Nordfrankreich

Unternehmer von Roubaix wollen Kampfaktionen machen

Paris, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Den letzten Meldungen aus dem nördlichen Industriegebiet zufolge ist die Zahl der Streikenden seit Dienstag bereits fast halbiert. In Roubaix haben sich vier Arbeiter bereits zurück, die Abgaben für die Sozialversicherungsgelder von sich aus zu bedenken. Die Belegschaften nahmen daraufhin die Arbeit wieder auf, während sich die Belegschaft einer Textfabrik in Fourmies in Stärke von 500 Mann beim Generalstreik angeschlossen. Die Zahl der Streikenden wird allein in der Umgebung von Roubaix auf etwa 20.000 geschätzt. Wie der „Temps“ meldet, haben sich die Transportarbeiter von Streikbrechern aus Belgien im Norden nicht mehr beteiligt. Ein Teil der belgischen Arbeiterschaft hat aus Angst vor Wiederholung von Zwischenfällen, wie sie sich am Dienstag an der belgisch-französischen Grenze ereigneten, die Hilfe nach Frankreich verweigert.

Die Zahl der in England registrierten Arbeitslosen ist auf 2.011.400 gestiegen. Im Juli 1931 ist dies um 100.000 mehr als im Juni.

Die Firma Schott & Co. hat in Berlin die Produktion von Glaswaren um 20 Prozent vermindert. Die Arbeiter sind auf die Produktion von Glaswaren um 20 Prozent vermindert.



Das neue Verbandshaus des Eisenbahner-Verbandes, Hannover, Rathenauplatz 1 (frühere Großbank).



## Das Attentat der G. N. U.

### Der Fall Smolow — Diebstahl oder politisches Mandat?

Die Kette der Skandale in der sowjetrussischen Handelsvertretung reißt nicht ab. Auf dem letzten kommunistischen Parteitag in Moskau führte ein Redner bewegte Klagen über die „Verfälschung“ und „Verfälschung“ der russischen Handelsvertretungen im Ausland. Der gute Mann hatte allen Grund dazu: in Berlin, in Wien, in Paris und in New York, überall stinkt es so ausdrücklich, daß die Kommissäre der G. N. U. alle Hände voll zu tun haben, um die Bestechungs- und Korruptions-skandale in diesen hochentwickelten „Kolonien“, die dem Ausland angeblich mit gutem Beispiel vorangehen sollen, einigermaßen zu verkleinern. — Der neueste Skandal des Generaldirektors der „Russisch-amerikanische Aktiengesellschaft“ in Wien, Jwan Smolow, hat überall ungewöhnliches Aufsehen erregt. Der Mann wurde am Dienstagabend in einem sehr exklusiven Hotel unter den Linden verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Herr Smolow wird beschuldigt, 20.000 Dollar unterschlagen zu haben.

#### Der Gesellschaftsbefehl

Jwan Smolow war in Wiener Gesellschaftskreisen eine sehr bekannte Persönlichkeit. Der Generaldirektor, der sich zwar offiziell beschränkt zum Stalinismus bekannte und über alles verächtlich sprach, was nach Reformismus oder gar Bourgeoisie roch, war in seinem Privatleben ein Mann, der die Genüsse der abendländischen Kultur in keiner Weise verschmähte. In Spielerei- und Lebensfreude war Herr Smolow nicht unbedarft, er führte ein großes Haus und soll selbst weit über seine Generaldirektorenverhältnisse gelebt haben. Durch raffinierte Buchführungs-fähigkeiten gelang es ihm angeblich, seine Unterschlagungen viele Monate hindurch zu vertuschen. Schließlich wurde man aber in Moskau auf Smolows Betrügereien aufmerksam und schickte einen Agenten der G. N. U. nach Wien, der höchst persönlich Ordnung schaffen sollte. Der Agent freizog, wie nicht anders zu erwarten war, auf den Widerstand des Generaldirektors, der ihm keine Einsicht in seine Bücher geben wollte. Es soll im Anschluß an diese peinliche Revision zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Agenten und dem Generaldirektor gekommen sein, die Sonjets hatten aber alles, um die Affäre möglichst intern auszuwickeln. Der G. N. U. Mann erstattete in Moskau Bericht, während Smolow nach Berlin ging, angeblich, um die Berliner Niederlassung der G. N. U. zu liquidieren, wahrscheinlich jedoch, um sich einem evtl. Zugriff von G. N. U. Spitzeln zu entziehen.

#### Der Ruf aus Moskau

Vor kurzer Zeit erhielt der betrügerische Generaldirektor aus Moskau den Befehl, sich unverzüglich zur „Berichterstattung“ in Moskau einzufinden. Man weiß, was es mit diesen Berichterstattungen vor der G. N. U. auf sich hat. Dem Generaldirektor, der 20.000 Dollar unterschlagen hatte, wäre bei Erscheinen in Moskau der Tod durch Erschießen sicher gewesen. Smolow, der keine Neigung hatte, seine 20.000 ergaunerten Dollar und sein Leben dazu aufs Spiel zu setzen, gab nach Rußland Bescheid, daß es ihm vorerst „unmöglich“ sei, der Moskauer Aufforderung zu folgen. Darauf beschlagnahmten die hochgewichtigen Behörden sein Privatvermögen, während Smolows Gattin, die als Sekretärin bei der russischen Handelsvertretung in Berlin beschäftigt ist, freilos entlassen wurde.

#### Die Verhaftung

Dann unternahm die Kuffen einen Schritt, den sie sonst ungern tun. Sie alarmierten die Wiener und Berliner Kriminalpolizei und zeigten Smolow wegen Unterschlagung an. In Verfolgung dieser Anzeige entdeckten zwei Kriminalbeamte den Russen am Dienstagabend in einem großen Berliner Hotel und nahmen ihn fest. Die russische Regierung will nun das Auslieferungsbegehren stellen, um Smolow in ihre Hände zu bekommen. Da gemeine Verbrecher nach den bestehenden Abmachungen ausgeliefert werden, das Vergehen des Generaldirektors aber nicht politischer, sondern krimineller Natur ist, wird dem Ersuchen der russischen Behörden wohl entsprochen werden. Womit das Schicksal Smolows befeuert erscheint.

#### Smolows Gegenangriff

Der Verhaftete befreit, sich kränkelnd strafbar gemacht zu haben und erklärte bei der ersten Vernehmung, daß er nichts unterschlagen, sondern nur zur Sicherung ihm zustehender Gelder eine bestimmte Summe zurückbehalten habe. Das Ganze sieht er als einen politischen Streich der G. N. U. an, die ihn inschändlich machen wolle, weil er zur Opposition gehöre. Sollte Smolow, der behauptet, für den politischen Hintergrund der Moskauer Aktion Beweise zu haben und sie durch seinen Verteidiger, den Juristat Merzbauer, erbringen will, tatsächlich im Recht sein, so müßte man allerdings sagen, daß Moskau mit wirklich beispiellos unfairen Mitteln die Wiener und Berliner Kriminalpolizei zu einer innerparteilichen russischen Intrige mißbraucht hat.

#### Antipost Nr. 7

Sehr interessant in diesem Zusammenhang ist der neueste Skandal in der russischen Handelsvertretung in Paris. Dort ist dieser Tage der Chefbuchhalter Fainberg entlassen und aufgefordert worden, in Moskau zu erscheinen und sich zu verantworten. Fainberg lehnte ab, nach Rußland zu kommen und ist seit Dienstagabend spurlos verschwunden. Man nimmt an, daß Fainberg von heimlichen Agenten entführt worden und schon auf dem Wege ins „russische Paradies“ ist und man hält es für ausgeschlossen, daß der Verschwundene freiwillig die Reise nach Moskau angetreten hat.

## Schweres Unwetter im Saargebiet

Am Mittwoch vormittag ereignete sich im Saargebiet der Gewe „Klarental“ bei Saarlouis eine Schlagschauer-Explosion, durch die ein Arbeiter getötet und 17 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die verunglückten Arbeiter wurden von der Explosion getrieben und in das Knapp-Kohlenwerk Sillingen überführt, wobei ein Mann den Kopf bei einem Zusammenstoß mit einem Eisenanker verlor, dessen Stabes ebenfalls schwer beschädigt wurde. Die Verletzungen der übrigen verunglückten Arbeiter wurden in Saarlouis behandelt. Von den Verletzten werden vier Mann in Saarlouis, ein Mann in Sillingen, ein Mann in Metz und ein Mann in Straßburg behandelt.

12. August vorigen Jahres in der Nähe von Buxtermarkt (Marx) zu, blieb aber anfangs unaufgeklärt. Zu Beginn dieses Jahres stellte sich der Angeklagte Scharf der Polizei und gestand die Tat. Der Tatbestand selbst ist nach in keiner Weise geklärt. Einer der Angeklagten sucht die Schuld auf den anderen zu schieben. Da eine große Anzahl von Zeugen zu vernehmen ist, wird die Verhandlung mindestens zwei Tage dauern.

## Frau Hanau macht neue Geschäfte

Die frühere Direktorin der Pariser „Gazette du Franc“, Frau Marthe Hanau, macht in letzter Zeit wieder von sich reden. Sie hat sich nach ihrem abenteuerlichen Hungerstreik, der ihr zu dem angestrebten Ziel der Haftentlassung verhalf, überraschend schnell erholt und eine neue Finanzzeitschrift, „Le Force“, gegründet, die eine rapide Entwicklung genommen hat. In der letzten Nummer dieser Zeitschrift hat Frau Hanau angekündigt, daß sie sich aufs neue mit Finanzoperationen im großen Maßstab befassen wolle. Jetzt soll sie im Zentrum von Paris auf dem Börsenplatz ein großes Gebäude erworben haben, in dem sie die Geschäftsräume ihrer neuen Gründung unterzubringen beabsichtigt.

## Auf dem Mount Everest im Flugzeug

Der bekannte Schweizer Pilot Mittelholzer, dessen Afrikaflüge noch in guter Erinnerung sind, trifft dieser Tage zu einem Besuch in Berlin ein, wobei, wie das „Berliner Tageblatt“ zu wissen glaubt, über das Projekt zur Bewingung des Mount Everest im Flugzeug verhandelt werden soll. Die Schwierigkeiten und Gefahren eines solchen Fluges sind natürlich, wie man sich nach dem bisherigen Ausgang aller Mount-Everest-Expeditionen denken kann, besonders groß.

# Vom England der Arbeiter

### Ein kleiner Bilderbogen — Der Hauptgewinn — Arbeiterkünstler — Seiden des Militärs

In dem kleinen englischen Städtchen Barnkaple war neulich die ganze Bevölkerung auf den Beinen. Dieser feierliche Empfang galt zwei schlichten Arbeitern, einem Straßenkehrer und einem Lokomotivführer, die von London zurückkamen und mit männlichen „Hogs“ und weiblichen Küffen begrüßt wurden.

Die beiden kamen nicht mit leeren Händen. Sie hatten einen Scheck über die Kleinigkeit von 61.000 Pfund Sterling (1.220.000 Mark) in der Tasche. Das ist der halbe Hauptgewinn auf den Sieger im populärsten englischen Pferderennen, dem Derby. Die Summe verteilt sich auf neun Teilnehmer — alle neun sind Arbeiter, vier von ihnen Lokomotivführer, einer ist Gepäckträger, einer Straßenkehrer, zwei sind Weichensteller, und einer ist Angestellter in einer Automobilfabrik. Sie hatten fünf aufsehende Wogen hinter sich. Auf die erste Nachricht von ihrem Riesengewinn, die natürlich entsprechend gefeiert wurde, folgte die Scheckentdeckung: es handelte sich um ein Mißverständnis!

Aber ein englischer Arbeiter läßt sich so schnell nicht entmutigen. Sie gaben — um im Bilde zu bleiben — das Kennen nicht auf, und auch dann, als das große Glück sich bestätigte, behielten sie einen klaren Kopf. „Na, da haben wir endlich den Teufel“, sagte Hogg, der Lokomotivführer, den vermutlich sein verantwortungsvoller Beruf zur Kaltblütigkeit erzogen hat. Ein Betrag von 133.333 Mark ist schließlich kein Pappenstiel. Die beiden Arbeiter aus Barnkaple, Hogg und sein Schwager Tod, wollten nichts von Reportern und Pressephotographen wissen, sondern ließen sich aus Hodges Bank durch eine Hintertür hinausführen. Dann setzten sie sich in Paddington Station in einen Wagen dritter Klasse und drehten sich aus ihrem geringen Tabak ihre Zigaretten. Werden sie sich eine Sommerreise gönnen? Werden sie in ihrem schweren Beruf weiterkämpfen? Sie juckten die Köpfe: sie wissen es nicht. Sie wissen nur, daß sie alle neun vernünftige Burshen sind, die keine Dummbreien machen werden. „Wir waren lange genug in aller Leute Munde — jetzt wollen wir endlich wieder einmal in Vergessenheit geraten!“ Das ist ihr einziger Wunsch.

Die wackeren Burshen unter der sehr vorteilhaft vom „Eisernen Gekker“, dem Berliner Droschkentreiber, der seinerzeit nach der erfolgreichen Fahrt nach Paris sich zu einer recht widerwärtigen Kellerei hat mitdraußen lassen.

Wesiel Talent und Tüchtigkeit in diesem englischen Arbeiterbilde steht, das hat kurz vorher ein bürgerliches Blatt, der „Daily Express“, mit großer Bewunderung festgestellt: Ein Tischhändler kann Blumenstücke malen, ein Tischler Porträts, ein Kupfer entwirft Szenenbilder für die Opernbühne, ein Mann, der auf dem Markt mit Uhren hantieren geht, kann Karikaturen zeichnen.

Eine Kunstausstellung im Osten Londons, in Bethnal Green, hat dem Blatte diese Kenntnis vermittelt. Da hat ein

## Zwei Knaben im Kleinauto ertrunken

Im neuen Stadtquartier in Freiburg (Schweiz) genügten sich zwei Knaben im Alter von 8 bis 9 Jahren auf einem Kleinauto. Plötzlich setzte sich der Wagen gegen die Saanewegung und fuhr mit den beiden Kindern in den Fluß. Da der Fluß zurzeit Hochwasser führt, wurden beiden Knaben von der Strömung fortgerissen und konnten nicht geborgen werden.

## Der ausgeplünderte Bularester Staatsanwalt

Ein mit großer Tollkühnheit ausgeführtes Räuberstück, das sich einer Meldung aus Bularest zufolge, gestern in der Nähe des Städtchens Bacau ereignet. Schwer bewaffnete Banditen plünderten den Bularester Oberstaatsanwalt Krupenski, dessen Gattin, ferner einen Bularester Stadtrat, einen Advokaten und die Gattin des letzteren. Die fünf Personen mußten vollständig entkleidet und alle ihre Habe ausliefern. Darauf ergriffen die Banditen samt den Kleibern die Flucht. Die Ausgeraubten trafen spitternachts in Bacau ein, wo sie der Behörde Anzeige erstatteten. Der Oberstaatsanwalt konnte eine genaue Personalbeschreibung der Banditen geben. Auf Grund dieser gelang es schon nach wenigen Stunden, Mitglieder der Bande, namens Serna, einen berühmten Schreiber und Taschendieb, zu verhaften. Auf die übrigen Banditen wird von der Polizei gefahndet.

## Revolte um Baseball

Im Gefängnis Welfar Island (USA.) kam es im Verlauf eines Baseball-Spielles zu schweren Krawallen, in deren Verlauf die Gefangenen mit Baseballschlägen und Peirohren aufeinander einschlugen. 50 Gefangene wurden zum Teil schwer verletzt. Die Gefangenen auf Welfar Island hat schwarze und weiße Spieler. Die Schwarzen machten alleinige Besitzrechte auf den Baseballplatz geltend. Die Weißen ließen sich das nicht gefallen. So es zum Kampf, in den die Gefängnisdirektion, die einen gemeinen Ausbruchversuch befürchtete, mit Dampfstrahlen und Tränengasbomben eingriff.

zwanzigjähriger Schreiner mit dem deutschen Namen Graben vom Magistrat ein Stipendium von 3000 Mark für drei Jahre gestellte Bilder bekommen. Da hat ein Fenkerputzer zwei hochwertige Landschaften gemalt. Der Künstler selber ist mit gebrochenen Rippen im Krankenhaus, er ist von einer Kugel gestürzt und kann seiner Erfolg nicht genießen. Ein junger Tischler wollte hagen lernen, hat sich dann aber, als er auf junge Leute in der gleichen Schule malen sah, für die Kunst begeistert und Sport Sport sein lassen. Ein taubstummer Lohndarbeiter wollte seine Sonnenuntergänge, die an den großen Toren erinnern, nicht herausgeben, mit der Begründung, für die Herstellung in Bethnal Green seien sie nicht gut genug. Dabei schienen sie einem der größten Kunsthandwerker, dem Inhaber des weltbekanntesten Firma Doreen, „gut genug“, sie in sein Salon im Westen auszustellen. Und schließlich hat ein Arbeiter die gleiche nähere und die Straße in romantischer Verklärung, bei nächstlichem Licht gemalt, die er tagsüber seiner Spitzhute aufbuddeln muß. Man sollte meinen, er müßte diese Straße lassen. Aber nein: er liebt sie. Es drängt sie zu idealisieren...

Die große bürgerliche Zeitung, die sonst nur Lords und Baronets bewundert, ist sprachlos: wer hätte diesen verdächtig unbekanntem Proletariern von Bethnal Green, dem Schmutzviertel Londons, so etwas zugetraut!

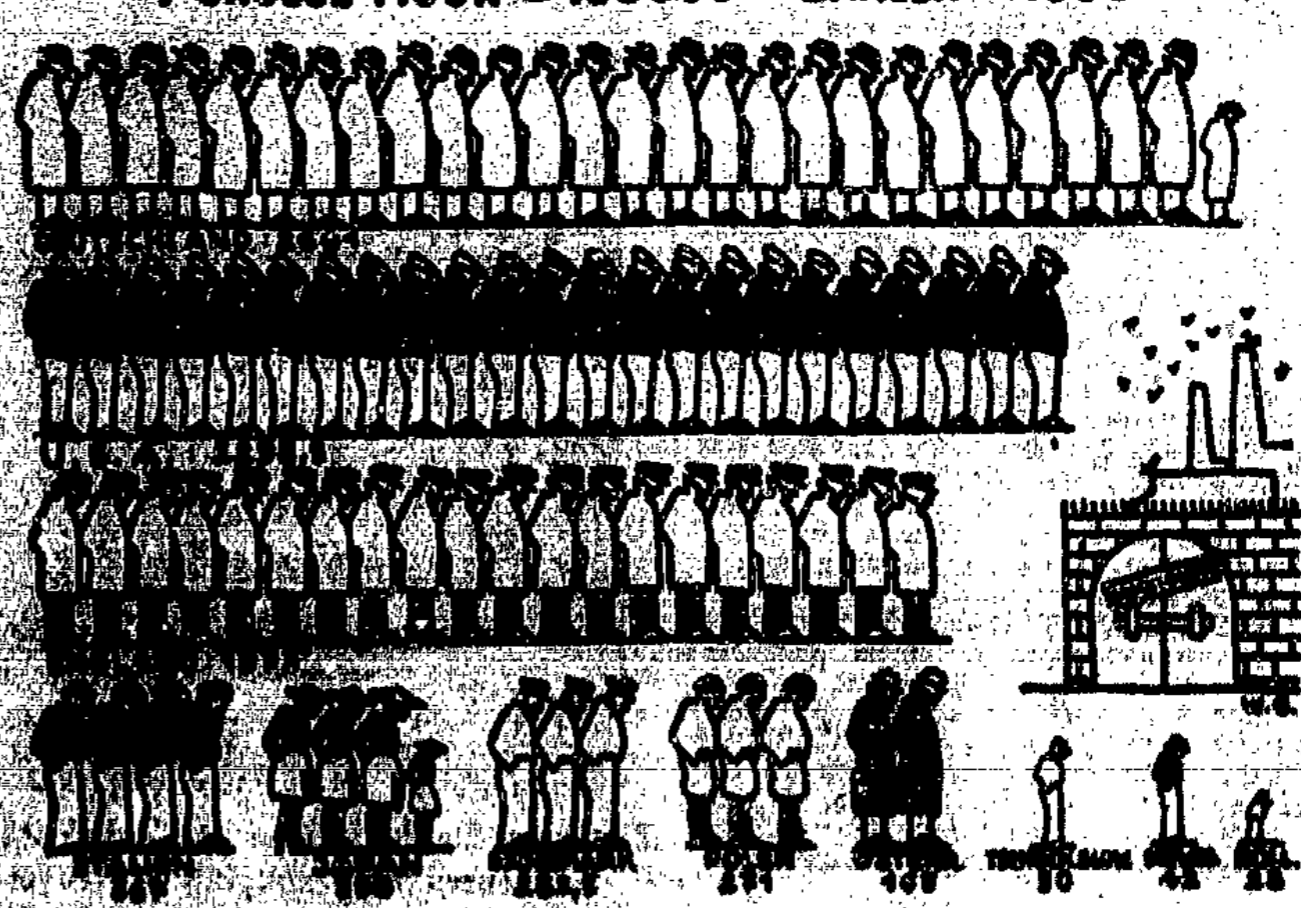
Zwei kleine anspruchslose Berichte, die leicht übersehen werden, die aber beherzigenswerter sind als der spaltenlange Gesellschaftsstraßchen einer gewissen Presse:

In Liverpool hat ein Eisenbahnvorarbeiter namens Lunt, ein sechzigjähriger Mann, auf seine Pensionierung nicht, weil er seinem Sohne über das Universitätsstudium hinweghelfen wollte. Der Sohn bestand sein Examen mit Bestnote. Die Familie war glücklich. Endlich erklärte sich der Vater bereit, in den Ruhestand zu treten. Aber bevor er seinen Entschluß ausführen konnte, wurde er beim Weichenstellen einer Lokomotive erfaßt und zermalmt.

Eine Frau Franklin fuhr jeden Abend, ob es regnete oder schneite oder der betätigte Londoner Rebel die Straße verfinsterte, von ihrer Wohnung an die Arbeitsstelle ihres Mannes, eines Chauffeurs. Dreißig Jahre hindurch tat sie das. „Das ist mein Ausgang“, sagte sie mit strahlendem Gesicht, war 57 Jahre alt, mochte nicht mehr stehen auf den Beinen, eines Tages als sie wieder ihren gewohnten Omnibus bestiegen wollte, kam sie unter die Räder eines Lastautos und war Minuten später tot. „Ich weiß nicht, was ohne sie aus werden soll“, jammerte der saunungslose Mann. „Sie war lieb, so lieb...“

## DAS HEER DER ARBEITSLSEN AUF DER ERDE

1 GROSSE FIGUR = 100000 ZAHLEN = 1000





## Frauen und Mädchen hört!

Ihr alle wißt, daß der Reichstag aufgelöst wurde und daß am 14. September d. J. die Neuwahl für den kommenden Reichstag stattfindet.

Ihr alle seid Wählerinnen, sobald ihr das 20. Lebensjahr erreicht habt, und sollt durch eure Stimmabgabe dem Reichstag die Zusammensetzung geben, von der wir sicher sind, daß die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung dabei nicht würden. Und da ist es sehr notwendig, daß ihr die Regierung Brüning kennenlernt, damit ihr erseht, daß die Arbeiterschaft, Frauen und Männer, alle den gleichen Feind haben, den sie mit dem Stimmzettel bekämpfen wollen.

Der Reichstag wurde aufgelöst, weil unsere Partei nicht vorgelegten Gesetzen zustimmte, die im Interesse der großen Massen nicht zu verantworten sind.

Nun ist in diesen Wochen vor der Wahl ein Heer von politischen Rednern, Männern und Frauen, auf die Wählerinnen ausgeht, um sie für die Absichten der gegenwärtigen Regierung einzufangen, auch mit allerhand falschen Behauptungen. Und unter ihnen ist, gleich seinem Meister Brüning, auch Herr Stegerwald, jetziger Reichsarbeitsminister und damals Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Herr Stegerwald will glauben machen, daß das jetzige Regieren für das Volk gefährlich, daß ihnen allen die einfache Existenz gefährlich, das heißt das meiste bedeute.

Man hört den volltönenden Hirnenflötenklang. Aber hart ist die Wirklichkeit. Sie zeigen mit juchendem Ernst die Gefahren dieser Regierung, hämmern mit rüchichtsloser Energie den Betroffenen ein: Wer mit Wahrhaftigkeit und Zuversicht das arme Volk schützt, das sind wir, die Sozialdemokraten. Es verhallt der Regierungsfloetenklang.

Sind die Volkstreue, die die Regierung alle einseitig an sich zieht, die sie mit unverhältnismäßig hohen Steuern trifft — Arbeitslosen, Kranken, Kriegsbeschädigten abzieht, und die Geldmittel für die Kriegsgrundbesitzer da sind, ja auch verschwendet werden, wie der Reichs- und Staatsminister in Ostpreußen, Herr Rönneburg, im Reichstag sagte.

Herr Rönneburg ist im Geiste mit an den Bergarbeitergräbern von Neurode. Hundert Familienangehörige sanken der Totenfeier in Ohnmacht zusammen. Die Sorge und das Leid nicht bei diesen Proletariern. Am Begräbnis, das am Unglückstag, während die einen die Toten hielten, nahmen andere wieder ihr Grabenlicht und trugen unter Tag. Für Mark etwa pro Schicht. Vier Mark für fünfzig — langt es nur bis nach dem Frühstück für den Bergwerksdirektor? „Finanzen, Janier!“ diese Regierung nicht am Bergwerksdirektor, sie fast brutal solche Proletarier an.

Zur Nachbarschaft im Eulengebirge leben die armen, kleinen Weber.

In Ostpreußen werden Familienväter, Landarbeiter für 35 bis 39 Pfennige Lohn je Stunde. Tausende können ihre Familien nicht ordentlich bestreuen.

Die kleinen Leute in den Weindörfern von Pfalz, Mosel, Saarländ, Weierwald verzweifeln fast, sich noch emporzuarbeiten. Die Ehre des Steuerns wird ihnen verhältnismäßig viel wichtiger, als dem, für dessen Keller sie wohnen.

Da stehen im Norden, in Holstein, Landarbeiter in Not, wahren sich gegen Lohnkürzung und jeglichen Herabdruck, arbeiten in Solingen vielleicht keine Firma mehr voll. Sie in ihren Angestellten 20 Prozent Gehaltskürzung. Und kaum, daß der sich dagegen wehrte. Miete, Gas, Elektrizität usw. werden teurer. Es zieht der Arbeiterschaft den Hals zu.

Da droht in Berlin, allein in den Siemenswerken, wieder den Angestellten die Entlassung. Der Rationalisierung, Rationalisierung fallen sie zum Opfer. In der ganzen Berliner Industrie und im Verkehrswesen wird jetzt die sogenannte Rationalisierung losgehen. Entlassung von Arbeitern und Anstellungen aus „notwendiger Sparbarkeit.“ Solche Kreise sind die Regierung mit schweren Steuern und Abbau der Sozialrenten

Da suchen im Ruhrgebiet 36 000 Bergarbeiter nach Arbeit. Dort die Arbeiterschaft der einmal besetzten Gebiete, die fremden Besatzung und der separatistischen Bewegung mit größter Entgegenwart, Ausweize und Kriegsgerichtsurteile erduldet.

Da stehen rheinische Textilarbeiter in Kurzarbeit, sind arbeitslos. Die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter dort den Durchschnitt des Reiches um das Doppelte überschritten. In der rheinischen Hauptstadt Breslau von 618 000 Einwohnern nicht weniger als 283 000 auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Da steht das Heer der verheirateten Textilarbeiterinnen usw. Die letzte Statistik von 1925 wies 3 700 000 verheiratete Erwerbslose in den drei Jahren 1927/29 an. Diese Frauen gehen wohl aus Luxus alle Tage in den Fabriken, so daß mit Rentenabbau zuzüglich Steuern bei ihnen Auszubehringnis getroffen wird?

Wo man hinsieht — Metallarbeiter, Kupferschmiede, Textilarbeiter, Hutarbeiter, Tapezierer, Holzarbeiter, Gemische und alle Fabrikarbeiter, überall Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Die Affordnerdienste der Bauarbeiter sind nicht so, daß sie ohne Unterstützung auskommen läßt. Eine Statistik der Bauergewerkschaft ergibt, daß die Bauarbeiter mittamt den Bauern die wichtigsten Angestellten in den drei Jahren 1927/29 verdient haben 1755 Mark. Es wird eine kleine Gruppe mehr verdient haben, aber ausschlaggebend ist der Durchschnitt. Die Bauarbeiter aber sind mit besonderer Vorliebe mit dem Wort von den „Fünftelprämien“ verunglimpft worden. Wegen auf sie erklomm eine bürgerliche Presse den Gipfel der Verhöhnung gegen die Arbeitslosenunterstützung.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hatten wir durchschnittlich 2,8 Millionen Arbeitslose. Jetzt steigt die Zahl an. Drei Millionen Arbeitslose werden ein lebendiger Heer gegen Unterstüßungsgeld, Lohnabbau und Klassenkämpfe Sonderbesteuerung der Armen!

Die Sozialdemokratie macht sich nicht mit schuldig an der Regierung und Arbeitsminister Stegerwald betriebenen gegen die Arbeits- oder Wenigbesitzenden. Dieses Kabinett führt die Regierung des Zentrums handelt umgekehrt-bolschewistisch: die Arbeiter, sondern die Armen läßt es daran glauben. Das Kabinett allet Komunisten und Nationalsozialisten. Nichts wäre blödsinniger von der denkenden Arbeiterschaft, als sich von den wunden wie gelehrt klingenden Argumenten und Zahlen des Herrn Stegerwald oder von der des Angestellten seiner Politik mit den Prädikaten deutsch, christlich oder Volksgemeinschaft gewinnen zu lassen.

Diese schönen Worte verlieren in solcher Anwendung ihren Sinn, werden geradezu verunehrt.

Die Sozialdemokratie unterstützt das Zentrum wirtschaftspolitisch nicht in seiner falschen Methode. Schon gegen die ersten Taten des Kabinetts Brüning, die Gefrierfleisch-Einfuhr vom 1. Juli ab zu sperren und zugunsten der Großagrarier durch eine rückwärtslose Zollpolitik das billigere ausländische Getreide aus Deutschland fernzuhalten, sperrt sich das Zentrum, insbesondere Amerika, mit Gegenmaßnahmen, die die deutsche Industrie treffen. Frankreich, Großbritannien, Holland, Amerika u. a. aber sind notwendige Kunden unserer Industrie. Eisenwaren, Maschinen, Gemische und elektrotechnische Erzeugnisse, Textilien, Kohlen müssen wir ausführen.

Aber 80 Prozent unserer einheimischen Erzeugung müssen in Deutschland verbraucht werden. Die große Masse der Arbeiterschaft ist hier der Abnehmer. Der einfache Arbeiter begehrt, daß man den Absatz nicht fördert mit Schmälerung der Kaufkraft der Massen — nicht fördert, indem man Preisabbau für später verspricht und zunächst Lohn- und Rentenabbau praktisch treibt. Nicht Lohnabbau, sondern Sicherung und Erhöhung der Massenkaukraft, Arbeitsbeschaffung, Sicherung der Arbeitslosenunterstützung, Ausbau der Sozialpolitik, das ist das Gebot der Stunde, und Verkürzung der Arbeitszeit. Und Förderung des Genossenschaftswesens, als Konsum- und Produktionsgenossenschaft. Und der genossenschaftlichen Banken und der genossenschaftlichen Versicherungen. Und schließlich Maßnahmen zur Verwirklichung der dazu reifen Großbetriebe durch einen demokratischen Staat: Energiewirtschaft, Bergwerke, Verkehrs- und Versicherungswesen, in der Landwirtschaft die Domänen, um daraus die Staatsausgaben durch Steuern zu finanzieren.

Nichts ist unter diesen sozialistischen Bestrebungen, was nicht auch die Frauen angeht. Auch für sie kommt nicht nur das Gefrierfleisch in Betracht, das den Armen genommen wurde, kommt nicht nur in Betracht, daß Wochenhilfe und Wächnerinnen Gehalt gekürzt wird. Aber leider die Frauen waren es, die bei fast allen Wahlen in großer Zahl den bürgerlichen Parteien die Stimme gaben. Die Sozialdemokratie tut alles mögliche an Aufklärung, damit auch die Frauen und Töchter der Arbeiterklasse nicht die Feinde der Arbeiterschaft wieder in den Reichstag schicken.

Wilhelmine Käbler.

## Brüning und die Kameradschafts- ehe

### Geburtenerregung durch § 48

In dem Bündel Notverordnungen, mit denen die Minderheitsregierung Brüning unter dem Segen Hindenburgs das deutsche Volk beglückt hat, gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die aus sozialen Gründen zum Widerspruch herausfordern, vor allem ist die vom Reichstag schon einmal aufgehobene, sogenannte Kegelexsteuer, wenn auch mit einigen Abänderungen wieder eingeführt. Die kulturpolitisch interessanteste der Verordnungen ist jedoch diejenige über die Ledigensteuer, genauer über einen „Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen.“ Nachdem das Reichsgesetzblatt mit dem genauen Wortlaut dieses Ergebnisses der kalten Diktatur auf Grund des § 48 der Reichsverfassung jetzt vorliegt, verlohnt es sich schon, einen Blick auf diese Mutterleistung einer Regierung zu werfen, über die das Volk am 14. September mit dem Stimmzettel sein Urteil fällen soll.

Eine besondere Besteuerung der Ledigen ist bisher unter dem Namen einer „Junggesellensteuer“ in Ländern eingeführt oder doch diskutiert worden, die einen Geburtenzuwachs herbeizuführen wünschten. Wer keine Kinder in die Welt setzt, um dadurch im Sinne der Regierung für das Vaterland zu sorgen, das Soldaten und billige Arbeitskräfte braucht, der soll wenigstens herappent — das ist der Sinn einer Ideologie, die ja auch in Deutschland nicht unbekannt ist, wo schon Seine Majestät die allerhöchste Patenschaft übernahm, wenn einer seiner Untertanen einen Haufen Stammergen in die Welt gesetzt hätte. Nun ist ganz gewiß ein gesunder Bevölkerungszuwachs das dringendste Ziel eines jeden Volkes. Voraussetzung ist nur, daß die bestehenden Verhältnisse das Land auch aufnehmen fähig machen für eine sich ständig vergrößernde Zahl von Bewohnern! Wir in Deutschland sind heute nicht in dieser Lage. Soldaten brauchen wir nicht oder doch nur eine zum Glück begrenzte Zahl, und Arbeitskräfte haben wir leider um Millionen mehr als wir in Lohn und Brot zu setzen vermögen. Es fehlt an Wohnungen und es fehlt ungezählten Tausenden an den notwendigen Mitteln, um Kinder aufzuziehen, die sozialen Notstände schreien vielmehr zum Himmel. In einer solchen Zeit Feuerliche Prämien auszusuchen für einen Kindersegnen, der allzuvielen als Unsegnen erscheinen muß, ist Unsinn, ist ein weiteres Kapitel in der Geschichte der anarchischen Wirtschaftsordnung, die der Kapitalismus darstellt.

Obgleich es genug Stellen gäbe, wo Geld für die notleidende Reichskasse zu holen wäre, hat die Regierung Brüning diesen Anknüpfen nicht nur gemacht, sondern sich auch durch einzelne Paragrafen dieser Ledigensteuer ausdrücklich zu ihrer geburtenfördernden Tendenz bekannt. Unter ledig versteht man im allgemeinen jemanden, der unverheiratet geblieben ist. Wer sich mit dem neuen Steuergesetz nicht näher befaßt, könnte so zu der Meinung kommen, jeder, der ledig sei, müsse zahlen, wer aber auf dem Standesamt war, sei davon befreit. Weit gefehlt! Auch wer verheiratet oder geschieden ist, muß die Ledigensteuer zahlen! Es sei denn, er hätte Kinder. Dann gibt er oder sie nämlich nicht mehr als ledig im Sinne dieser Steuer. Umgekehrt gilt das ledige Mädchen, das ein Kind hat, nicht als ledig. Während sonst dieselben Kreise, die diese Gesetze verantworten, besonders das Zentrum, dem Herr Brüning angehört, die Nase rimpfen über jede Mutter eines „unehelichen Kindes“, und gegen die Gleichstellung der ehelichen mit den „unehelichen“ Kindern jahrelang gekämpft haben, billigen sie hier anstandslos der unverheirateten Frau dasselbe Recht der Befreiung von der Ledigensteuer zu wie der verheirateten. Die Hauptsache ist: sie hat ein Kind. Es ist der bevölkerungspolitische Pferdeschuh, der hier hinter der sozialen Maske herausguckt!

Herr Brüning erweist sich hier als Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und doch das Böse schafft. Denn würde eine solche Steuer wie die, die er hier ausgeheckt hat, wirklich einen nennenswerten Einfluß auf das menschliche Gemeinschaftsleben ausüben, so würde sie Geburten zu fördern haben, wo Kinder nicht, begünstigen und Paare, die frei, ohne den Willen zum Kinde, zusammenzuleben wünschen, zum Standesamt führen, ohne daß dadurch ein Bevölkerungszuwachs erreicht würde.

Brüning als Erfinder der staatlich sanktionierten Kameradschafts- ehe und als Förderer der Eheheiraten — das ist immerhin auch ganz interessant!

Man sieht, diese ganze Ledigensteuer ist ein reichlich absurdes Gebilde. Sie trinkt zudem noch an den mannigfaltigsten Wider- sprüchen, indem — um nur einen anzuführen — ein lediger Bankdirektor, der 10 Prozent seines Gehalts an seine Mutter abgibt, aber noch mehr übrig behält als ein Duzend ledige Fabrikarbeiter zusammen verdienen, von der Steuer befreit ist, während diese zu ihren 10 Prozent Lohnsteuer weitere 10 Prozent Ledigensteuer zahlen müssen. Das Beste ist daher, die ganze Steuer verjuchwindet wieder so schnell als möglich. Die Wähler, die am 14. September zur Wahl gehen, haben es in der Hand.

## Hausfrau ist ein Beruf!

Von Erna Elmholz

Im Haushalt ist der Mann gewissermaßen der Arbeitgeber und die Frau Arbeitnehmerin. Der Mann hat also alle die Ge- setze zu erfüllen, die die soziale Lage des 20. Jahrhunderts dem Arbeitgeber in seinem Verhältnis zum Arbeitnehmer vorschreibt. Das ist vor allen Dingen eine ausreichende Entlohnung für ge- leistete Arbeit, die bei der Arbeitnehmerin Frau sich nicht in Geld, sondern mehr in der Hochachtung vor der Arbeitsleistung der Hausfrau ausdrücken mag.

Die Gegenüberstellung von Mann und Frau in diesem Sinn hat für die Haushaltungen der Gesellschaftsklasse, die sich die Dienste eines Fremden kaufen kann, keine Gültigkeit. In um so stärkerem Maße aber trifft sie für die Familien und die Hausfrau der wertvollen Bevölkerung zu. Die Frau des Arbeiters und Angestellten hat jegliche Arbeit, sei es nun für den Mann persön- lich oder für ihr gemeinsames Bestehen und für die Kinder allein zu machen. Man weiß, daß für sie in den allermeisten Fällen der Achtundtag gilt, man weiß, daß sie, wenn der Mann von der Arbeit zurückkommt, schon ebenfalls ihr Tagewerk hinter sich hat und trotzdem noch für ihn und die Kinder sorgen muß.

In vielen Fällen wird ihr aber nicht die Anerkennung zuteil, die der Mann für seine Berufsarbeit fordert, und die er mit Leichtigkeit den Frauen gewährt, die im Beruf neben ihm stehen. Diese Einstellung des Mannes ist grundfalsch. Sie ist geeignet, das Selbstbewußtsein der Hausfrau zu untergraben und ihr Minderwertigkeitsgefühl beizubringen, die sich in keiner Weise in der Gemeinschaftlichkeit der Ehe günstig auswirken.

Noch ein anderes ebenso wichtiges Moment kommt aber hinzu. Seit Jahren werben die politischen Parteien auf das intensivste um die Frau und ihre Mitarbeit in der aktiven Politik. Sie gehen dabei von der durchaus richtigen Erkenntnis aus, daß die Hausfrau und Mutter die wertvollste Beeinflussung auf die künftige Generation auszuüben vermag. Vor allem die Sozialdemokratische Partei hat hier die Initiative ergriffen und die Frau zur politischen Arbeit herangezogen. Sie sieht in den Ver- sammlungen neben dem Ehemann, sie nimmt teil an den Kom- missionen, sie ist in der kommunalen und Wohlfahrtsarbeit tätig. Wie aber soll die Hausfrau die innere Stellung zur politischen Betätigung bekommen, wenn sie sieht, daß der Mann nicht ein- mal ihre Berufsarbeit als solche zu schätzen weiß? Wie soll sie im Stadt- oder Gemeinderat neben den Männern sitzen, wenn sie schon auf ihrem ereignisreichen Gebiet mißachtet wird? Leider ist in vielen Versammlungen, an denen Frauen teilnehmen, die Be- obachtung zu machen, daß ihre Anregungen und ihre Stellung- nahme weniger ernsthaft angehört und beachtet werden, wie die ihrer männlichen Genossen. Diese Haltung eben entspringt jener Nichtachtung, die auch ihrer Arbeitsleistung zuteil wird. Das ist ein böses Erbe aus Vorkriegszeiten, das den Männern im Blut steckt, das sie ungelesen und unüberlegt noch mit sich herumtragen und das ihrer eigentlich nicht würdig sein sollte.

## Das Vorrecht der alten Damen

Der Direktor des Brüsseler Operntentheaters „Colosseum“ hat kürzlich nach vielen schlaflosen Nächten ein gewichtiges Problem gelöst, das auch den Zuständigen anderer Länder zur Nachbesserung empfohlen werden kann. Die weiblichen Besucher des Musiktempels waren trotz Mohnung und Polizeivorhütung nicht dazu zu bewegen gewesen, ihren kostbaren Kopfschmuck während der Vorstellung abzulegen, und hemten dadurch den ungehörten Kunstgenuss der anderen Zuschauer, die nicht so sehr die Damenhüte als lieber die Vorgänge auf der Bühne be- wundern wollten. Eines Abends ließ der vorzeitige Theater- unternehmer folgende Worte auf den Reklamierbalken projizieren: „Alte re Damen ist es gestattet, ihre Hüte auch im Zuschauers- raum aufzubehalten!“ — Am nächsten Abend war die — Garderobe ausverkauft, und kein einziger Damenhut hörte den Verlauf der Vorstellung.

## Schlemmerphantasien eines Dichters

Von dem berühmten französischen Schriftsteller Honoré de Balzac, der alle Fähigkeiten eines Lebensgenießers beiseite haben soll, wird erzählt, daß er als junger unbekannter und armer Poet sich die Illusion von Götterreichtümern schaffte. Er zeichnete in seinem Nachhinken auf den nackten Tisch Umrisse von Telfern und Schüsseln, in deren Mitte er die Name von besonders köst- lichen Speisen und Delikatessen schrieb. Seine poetische Vor- stellungskraft war so groß, daß er dann, wenn er sein trodenes Brot aß und auf die geschriebenen Gemälde hinschaute, meinte, diese Speisen zu verzehren, wie er selbst später erzählt hat.

## Italien, das Land des Kinderlegens

Coviva, Mussolini! Wie eine statistische Aufstellung be- fundet, gab es im Monat Mai des verflorenen Jahres im Könige- reich Italien 1 582 000 Familien mit „mindestens“ sieben Kindern. Und noch mehr als das: rund hunderttausend Familien mit ein oder noch mehr Sprößlingen auf, die bereits hoffentlich pflichterfrige und standesbewusste Juchstufen werden. Den Rekord schlägt die Provinz Benebig, die allein über zweihundert- tausend Familien mit einem mehr als lebensfähigen Nachwuchs beherbergt. Ihr folgen die Lombard, Sizilien und Toscana.

## Sausiere in der Steingel

Der Stammbater unseres Haushundes soll der Schafal sein, der im südlichen Europa und in Afrika zu Hause ist. Der Hund war haustier schon in der älteren Steingelzeit. Als andere Haus- tiere kamen in der jüngeren Steingelzeit die Ziege, das Schaf, das Schwein und das Rind hinzu. Das Pferd fehlte damals.

Rüflet zur Arbeit nach Berlin zum mittelländischen Brauentag am 7. September 1930



# Verständigung der Tat!

## Zur Studienfahrt schlesischer Arbeiter nach Polen

Von Johann Kowoll, Rattow (Redakteur der „Volksstimme“)

Wer sich über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Rechenschaft gibt, wird ohne Zweifel zu dem Ergebnis kommen, daß sie in letzter Zeit durch die reaktionären Umwälzungen in beiden Ländern eine bedenkliche Spannung erfahren haben. Die faschistischen Bestrebungen in Polen haben nicht zuletzt ein würdiges Echo bei den deutschen Nationalisten gefunden und der Revanchegedanke wird genährt durch gewisse Meinungen deutscher Minister, die die Driftagen, besser gesagt, Revisionbestrebungen, in den Vordergrund der deutschen Außenpolitik stellen. Das ist eine willkommene Gelegenheit für die polnischen Nationalisten, um im Trüben fischen zu können. Und selbst am Krakauer Kongress der polnischen Demokratie hat man es sich nicht verlagern können, einen Seitenhieb gegen die deutsche Verständigung zu führen, indem man die deutsche Öffentlichkeit als ein Raubgieriges der polnischen Außenpolitik zu brandmarken bestrahlt war. Wer die ehrliche Verständigung will, der darf an solchen Äußerungen der polnischen Demokratie nicht vorübergehen, denn der Friedenswille beider Staaten bzw. der Verständigungsstreunde, darf nicht durch augenblickliche politische Stimmungen gegen die innere politische Macht verdunkelt werden. Um so mehr muß jeder Schritt deutschseits begrüßt werden, der dahinzielt, Land und Leute kennen zu lernen, mit denen man sich verständigen will.

Wie in der gesamten Weltpolitik, so sind auch in Polen die Sozialisten die Träger des Verständigungswillens mit Deutschland. Den deutschen Sozialisten als einen Teil des deutschen Volkstammes fällt hier eine besondere Rolle zu. Die Verständigungspolitik des polnischen Staates zwingt uns oft in die bedenkliche Lage, das Volkstum in den Vordergrund unserer Bestrebungen zu stellen. Aber wir tun es in dem Bewußtsein, dem internationalen Sozialismus zu dienen und unter Hervorhebung des Klassenkampfes auf die Aufgabe des Volkstums hinzuwirken. Unsere Stütze in diesem Kampf sind die polnischen Sozialisten, mit denen wir gemeinsam versuchen, die nationale Frage zu lösen. Die jüdischen Arbeiter, vereinigt im sozialistischen „Bund“, sind unsere Kampfgenossen. Jede Kunde von unseren deutschen Genossen erweckt in uns das freundliche Gefühl, daß wir im Ausland nicht verlassen dastehen, daß man unsere Not und unsere Umgebung kennen lernen will. Darum begrüßen wir die Studienfahrt der Genossen aus Breslau, die in der Arbeitergemeinschaft der Breslauer Arbeiterkulturreize vereinigt sind. Sie kommen in ein Land, das im Reich einen schlechten Ruf hat und die Bergangenschaft hat dem Volk ein ableses Sprichwort als Erbschaft hinterlassen: die polnische Wirkhaft.

Die deutschen Genossen werden sich überzeugen, daß es in Polen, genau wie in Deutschland, nicht mehr Elend und Not zu finden gibt, als in den übrigen Ländern auch. Nur die psychologischen Momente muß man zu werten wissen. Und leider hat die sozialistische Aufklärungsarbeit bisher nicht den Reiz davongetragen, den wir uns bisher versprochen haben. Die Studienfahrt wird über Königsbrunn, Rattow nach Krakau und Bielitz führen. Von jedem Ort kann gesagt werden, daß er Zentrum der Arbeiterbewegung ist. Allerdings sind die Arme dieser Arbeiterklasse heute geschwächt infolge des Nationalismus und seines gleichgerichteten Strahlers, des Kommunismus. In Rattow und Königsbrunn liegt die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung, hier hat der Schiefer und in Breslau erprobte Sozialist Dr. August Winter die Grundsteine zur sozialistischen Bewegung seit 1897 gelegt. Unaufrichtig ging es vorwärts, bis die ungeliebte Abstammungszeit die Arbeiterbewegung in zwei feindliche Heerlager teilte, die erst seit etwa 1927 zur gemeinsamen Arbeit übergingen. Sie sind heute noch zu schwach, um die Rolle spielen zu können, die ihnen die geschichtliche Mission übertragen hat. Die ungeheure Wirkungskraft und nicht zuletzt das diktorische System tragen dazu bei, die Arbeiterklasse in die Arme der extremen Elemente auf deutscher und polnischer Seite zu treiben. Aber auch hier wird die Zeit, und nicht zuletzt die kapitalistische Ausbeutung, die beide Lehrenten der Massen sein. Hier, wo sich amerikanisches und deutsches, französisches und englisches Kapital im Wettstreit befinden, kann der Klassenkampf der Massen, ob deutscher oder polnischer Arbeiter, nicht umgangen werden.

In Krakau ist die Wiege der sozialistischen Bewegung in Galizien. Hier hat der heutige Sejmpräsident und Rektor der polnischen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten den Samen gesät, auf welchem die Saat und Frucht gediehen ist, die heute den Stolz der polnischen Arbeiterbewegung bildet. Neben den Wiener Genossen haben hier Dąbski und Keger sozialistische Aufklärungsarbeit von ungeahnter Tragweite geleistet. Hier ist auch die Frucht der Zusammenarbeit der polnischen und deutschen Arbeiter am besten gebieher.

Wir sind uns darüber klar, daß eine Ehe sozialistischer Schwaben noch keinen friedlichen Sommer schafft. Aber wir grüßen die Polen deutschen Verständigungswillens in dem Bewußtsein, daß ihre Aufklärungsarbeit im Reich gute Früchte zeitigen wird. Kommt, überzeugt euch selbst, wie es ist! Kein glückliches Land, weil ein paar militaristische Querköpfe in der Diktatur die Erlösung des polnischen Volkes sehen. Aber die breiten Massen, Polens Bauern und Arbeiter, wollen Frieden, wollen Freundschaft, wollen gutnachbarliche Beziehungen zum deutschen Volk. Nicht, was augenblicklich in Polen als Schatten des Faschismus erscheint, soll für das Urteil ausschlaggebend sein. Aber den Geist des polnischen Volkes, der breiten Massen, kennen zu lernen, soll ja schließlich Aufgabe der Studienreise sein. Wir sind gewiß, daß die Reise nicht enttäuscht wird. Mag sie dazu beitragen, daß zwei Völker sich finden, die durch die Nationalisten entzweit werden sollen!

Die deutsche Arbeiterklasse aber ist stolz darauf, in diesen Verständigungsbestrebungen Mittler sein zu dürfen. Darum rufen wir euch, Genossen der Arbeiterkulturreize, ein herzliches Willkommen in Polen zu!

## Schwere Bluttat in Nimptsch

Der Produzent Wilhelm Schubert von hier erschog in den Nachmittagsstunden des Dienstag den Gastwirt Max Rubel in einem Zimmer des „Schwarzen Adler“ getötet, wobei einverleitet Auseinandersetzungen und Wortwechsel vorgegangen.

Die Klärung des Tatgeschehens hat ergeben, daß es mit der Arbeiterin D. verheiratet, die seit dem Erschlagen ein uneheliches Kind hat, das bereits vier Jahre alt ist. Sie glaubte nun wohl noch Anlaß zur Ehesucht auf den Rubel zu haben, obwohl dieser seit Jahren jenseit der Ehe mit der Genannten obgegangen hat. Ob es von dieser Seite noch in dieser Ansicht besteht, wird nach zu ermitteln sein; fest steht jedoch, daß die D. an freitags Tag in das Haus des Schubert jeden Tag, dies jedoch in letzter Stunde abgesehen hat, worauf zwischen beiden eine heftige Auseinandersetzung stattfand, an die sich dann die blutige Tat schloß.

Spring er auf, eilte in den Gang und feuerte auf den sich an der Tür zur zweiten Gaststube befindlichen R. mehrere Schüsse ab. Während der erste Schuß fest ging, trafen zwei weitere und verletzten R. die Schlagader am Arm und die Lunge. Eine Kugel prallte an einem Zehnpennig in der Westentasche ab und verletzte den Arm. Die ersten Helfer stellten noch schwache Lebenszeichen fest, worauf der Chefarzt Dr. Meißner die Überführung ins Krankenhaus anordnete. Der Schwerverletzte verstarb auf dem Transport. Der flüchtige Täter wurde nach einer Stunde in der Nähe des Sportplatzes verhaftet. Er leistete keinerlei Widerstand und ließ sich ruhig abführen.

Max Rubella, der Schwager des Inhabers des „Schwarzen Adlers“, erkannte sich in allen Kreisen der Bevölkerung aufgrund seiner gleichmäßigen Freundlichkeit und seiner immer zum Scherz aufgelegten Natur gleichmäßiger Beliebtheit. Der Verlust trifft die Familie schwer, da der Inhaber an der Ausübung seines Berufs schwer gehindert ist. Wie groß die Anteilnahme der Stadt war, bewies die Tatsache, daß bis in die späte Nacht angedrängte Menschenansammlungen zusammenstanden und ein Gefühl dumpfer Rührung über der Stadt lag. Auch den Täter, einen Mann von 63 Jahren, kennt man nur als ruhigen, entgegenkommenden und freundlichen Menschen.

## Zur Vorbereitung der Reichstagswahl

Aus einem Kundentag des Preussischen Ministers des Innern in einer Sonderausgabe des „Ministerialblatts für die Preussische innere Verwaltung“, das der Vorbereitung der Reichstagswahl am 14. September d. J. gewidmet ist, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst das folgende mit:

### Stimmlisten (Karteien)

Die Gemeindebehörden haben vor der Auslegung der Stimmlisten und Stimmkarteien daraufhin zu überprüfen, daß nur die am Abstimmungsstichtag tatsächlich stimmberechtigten Personen eingetragen sind. Bei den letzten Abstimmungen hat sich gezeigt, daß in Stimmlisten einzelner Orte noch immer Personen verzeichnet sind, die in der Zwischenzeit längst verstorben oder aus dem Orte verzogen sind oder sonst ihr Wahlrecht verloren haben.

Das Recht, zum Reichstag zu wählen, ist nicht ausdrücklich an das Vorhandensein eines Wohnortes in Deutschland geknüpft. Gleichwohl ergibt sich die Notwendigkeit eines solchen für die Ausübung des Stimmrechts im allgemeinen daraus, daß nur diejenigen wählen können, die in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen sind oder einen Stimmzettel haben und daß sowohl die Eintragung in eine Stimmliste als auch die Erlangung eines Stimmzettels das Vorhandensein eines Wohnortes innerhalb des Deutschen Reiches voraussetzt. Lediglich stimmberechtigte Staatsbeamte, Arbeiter in Staatsbetrieben und stimmberechtigte Angehörige ihres Hausstandes, die ihren Wohnsitz nahe der Reichsgrenze haben, werden auf Antrag in das Stimmverzeichnis einer benachbarten deutschen Gemeinde eingetragen. Diese Bestimmung bezieht sich auf Reichs- und Landesbeamte sowie Reichs- und Staatsbetriebe, und zwar auch auf Beamte und Arbeiter der Reichsbahngesellschaft. Personen, die in Deutschland einen mehrfachen Wohnort haben, samt in mehrere Stimmverzeichnisse eingetragen werden können, dürfen ihr Stimmrecht selbstverständlich nur einmal ausüben, andernfalls sehen sie sich strafrechtlicher Verfolgung aus. Die Frist für die Auslegung der Stimmlisten und Stimmkarteien ist vom Reichsminister des Innern auf die Zeit vom 24. bis 31. August d. J. einschließlich festgesetzt worden. Werden die beim 2. Volkstentseid gebrauchten Stimmlisten und Stimmkarteien wieder verwendet, so ist vor ihrer öffentlichen Auslegung dafür zu sorgen, daß aus ihnen die Beteiligung am Volkstentseid nicht mehr ersichtlich ist. Listen und Karteien, in denen die Beteiligung am 2. Volkstentseid sich nicht vollständig unkenntlich machen läßt, dürfen bei der Reichstagswahl am 14. September nicht verwendet werden.

### Der Kreiswahlleiter für den 7. Wahlbezirk

Für die am 14. September 1930 stattfindende Reichstagswahl hat der Regierungspräsident in Breslau zum Kreiswahlleiter für den 7. Wahlkreis, umfassend den Regierungsbezirk Breslau, den Oberregierungsrat Calinich und zu seinem Stellvertreter den Regierungsrat Dr. Schwenke, beide an der Regierung in Breslau, ernannt.

Zuschriften für den Kreiswahlleiter sind ohne Namensnennung zu richten nur an den Herrn Kreiswahlleiter für den 7. Wahlkreis in Breslau 1, Regierung, Postplatz.

### Bereitstellung eines Heilkundigen

Der schon mehrmals bestrafte Heilkundige Karl Wegerich aus Ober-Salzbrunn hatte sich erneut vor dem Schöffengericht in Waidenburg zu verantworten. Obwohl die Behandlung von Geschlechtskrankheiten nur durch approbierte Ärzte erfolgen darf, hatte Wegerich einem Herrn der wegen eines veralteten Leidens zu ihm kam, mit einer Einprägung gehandelt. Die Zusammenstellung des Präparats für die Einprägung kannte der Heilkundige gar nicht. Die Behandlung hätte die schlimmsten Folgen für den Kranken haben können, denn das verwendete Präparat war nach dem Gutachten des Kreisarztes zur Behandlung einer berauhigten Krankheit ungeeignet. Wegerich suchte sich der Bestrafung dadurch zu entziehen, daß er behauptete, an einer amerikanischen Universität die Doktorwürde erhalten zu haben. Er wußte aber gar nicht, in welchem Staate die Universität liegt, die ihn zum Doktor der Naturheilkunde gemacht haben sollte, und außerdem konnte er nicht einmal das Diplom zeigen. Schließlich stellte sich heraus, daß Wegerich überhaupt nicht in Amerika war. Nun suchte er sich durch die Behauptung aus der Schlinge zu ziehen, daß er den Dokortitel auf Grund schriftlicher Arbeiten erhalten zu haben, und zwar im Jahre 1918, obwohl damals noch keine Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland aufgenommen waren. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis unter Ablehnung von Strafaussetzung.

### Eine Röhrendiebe in Sindenburg

#### Der Betrüger festgenommen

Am Montag um die Mittagsstunde wurde der Magistrat Sindenburg aus Berlin telefonisch angerufen und ihm mitgeteilt, ein Freund des Hauses des Herrn Reichspräsidenten, ein gewisser Oberleutnant Jahn komme in den nächsten Tagen nach Sindenburg, um sich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten über die politische Stimmung in Sindenburg usw. zu informieren. Man möge ihm die Befähigung des Industriegerichts und der Stadt Sindenburg, namentlich die Befähigung eines Bergwerks gestatten. Jahn wurde nochmals angerufen und gefragt, der empfohlene Herr Jahn werde mit dem D-Jug in der Stadt von Montag zu Dienstag einreisen. Der Magistrat der Stadt erhielt vom Bürgermeister den Auftrag, den Freund des Hauses des Herrn Reichspräsidenten am Bahnhof zu empfangen, was er auch tat. Schon am demselben Tage wurde festgestellt, daß das ganze Auftreten des Herrn Jahn höchst merkwürdig war, daß er bei der Ankunft des D-Jug ausstieg, daß er dann sofort im Gebirge eine große Anzahl von Röhren und verbleibenden Gebirgen ergrub, um unterirdisch zu verfahren. Der Herr Jahn wurde am Montag im Amtssitz des Bürgermeisters festgenommen und nach dem Tage eine Befähigungsbefreiung durch das Industriegericht zu unterzeichnen. Die Befähigungsbefreiung an der Hand des Herrn Jahn wurde dem Magistrat, gleich am Morgen in

Besten Rückfragen vorzunehmen, die ergaben, daß vom Haus des Herrn Reichspräsidenten niemand empfohlen wurde und Magistrat der Stadt Sindenburg das Opfer eines Schwindels geworden sei. Die Kriminalpolizei, die sofort die Sachlage unterrichtet wurde, nahm den Mann im Stadthaus fest und stellte weitere Ermittlungen nach seiner Person an. In der Ausweisungspapier auf den Namen eines Arbeiters Otto bei sich. Weshalb diese Röhrendiebe haben sollte, ist bisher noch nicht ermittelt worden.

## Schwerer Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und Polizei

30 Personen verhaftet.

Borgestern nachmittag sollte in Schoppinisch-Ros bei Rattow eine Arbeitslosenversammlung stattfinden, die von kommunistischen Abgeordneten im Schließlichen Seim Jozel einberufen worden war. Schon vor Beginn war das Versammlungsort überfüllt und auch auf der Straße hielten Tausende von Arbeitslosen auf. Die Versammlung wurde durch die Polizei verboten und die dagegen protestierenden Arbeiter durch mehrere Abteilungen der Polizei auseinandergeprengt. Die Polizei verhaftete etwa 30 Personen, darunter mehrere Frauen. Nach Verdrängung der Menge wurden mehrere Straßen auf eintrige Stunden für den Verkehr abgesperrt.

Brieg. Wieder Garnison. Die Bemühungen städtischen Körperschaften, wieder eine Garnison zu erhalten sind nun in Erfüllung gegangen. Am Montag nachmittag als erster Truppenteil der neuen Garnison die Ausbildungsschwadron des 8. Reiterregiments mit ihrem Schwadronenführer Rittermeister Wadel an der Spitze, in Brieg ein. Die Schwadron war früh von Breslau-Carlomag abgerückt.

Abben a. d. O. Der begehrte Bürgermeisterposten. Um die ausgeschriebene Bürgermeisterstelle sind bis 198 Bewerbungen eingegangen, darunter von Herren, die nach Auslandsstudien. Für den Bürgermeisterposten soll bereits bestimmte Persönlichkeit in Aussicht genommen sein.

Brieg. Ein Bierunblichjähriger. Sittlichkeitsverbrecher. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen den 74jährigen Eisenbahnschaffner Wilhelm Neumann von hier. Der alte Mann hatte sich, wie die Beweisaufnahme ergab, an Mädchen von 14 Jahren vergangen und sich in zwei Fällen des vollendeten und in einem Falle des versuchten Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis, gewährte jedoch Strafaussetzung.

Bayern. Unterschlagungen bei einer National. Auf dem Bahnhof Bielea wurden bei der Revision der Kasse größere Geldbeträge festgestellt. Der Kassier wurde sofort seines Amtes enthoben. Die jährlichen Summen sollen über 1000 Mark betragen.

Sprottau. Ein betrügerischer Gemeindevorsteher. In der Gemeindevertretung in Petersdorf wurde die Unregelmäßigkeiten des früheren Gemeindevorstehers Franz Jankel zur Sprache. Die Verhältnisse haben sich so zugeklippt, daß er sein Amt niederlegte. Wegen der in den vorhergehenden Unordnung konnte die Rechnungslegung für 1929 noch nicht erfolgen und mußte die Etatsfestsetzung für 1930 tagt werden. Der Landrat soll entscheiden, ob Jankel bei Staatsanwaltschaft angezeigt werden soll.

Reiße. Schadenfeuer durch Blitzschlag. Am Sonntag nachmittag wüthete über Breiland ein heftiges Gewitter. Dabei schlug der Blitz in die Besingung des Stellenbesetzers Stallung und Scheune wurden ein Raub der Flammen.

## Aus der Umgebung

### Verfassungsfeier für Klentendorf und Umgebung

Sonntag, den 10. August, 20 (8) Uhr: Antreten der schulpflichtigen Kinder Klentendorfs auf dem Sportplatz Kadetz. Anschließend Ansprache des Amts- und Gemeindevorstehers Kleinert.

Montag, den 11. August, auf dem Sportplatz von 11.18.30 Uhr: Fußballwettpiel, von 18.30 bis 19.30 Uhr Schaulaufen, Turnspiele, radportliche Vorführungen. Mitwirkende: Sportverein Breslau „Süd-Ost“ freie Turnerschaft, 3. Mittelarbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“; 20 (8) Uhr: Festabend der Turnhalle. Festredner Herr Landesrat Tisch-Breslau. Die Feier wird umrahmt durch gesungene Darbietungen des „Eintracht“-Klertendorf. Anschließend: Gemütliches Beisammeln. Eintritt zu allen Veranstaltungen frei.

### Berichtigung

In dem gestrigen Bericht über die Unterbezirksversammlung Breslau-Land-Neumarkt ist infolgedessen ein Fehler unterlaufen, es heißen muß: Delegiert sind aus dem Landkreis Breslau vier anderen Ortsgruppen die Ortsgruppe Broda u. Bettlern.

Seipe-Petersdorf. Aus der Partei. Am Sonntag anstattete die hiesige Ortsgruppe der SPD. ihr Sommerkinderfest, das trotz des teilweise schlechten Wetters einen guten Verlauf nahm. Die Ortsgruppe dankt den Genossen und Genossinnen von außerhalb für die Unterstützung, ebenso die Jugendgruppe der Freien Turnerschaft unter Führung Genossen Kleinert, die uns das Fest mit ihren Turnspielen schmückern halfen.

Masermühl. Ein Motorrad ist gefunden. Motornummer 501 443, Fahrgestellnummer 15 827, Marke „Imperia“. Ein Schild zeigt: Autohaus Wagner, Reife, Straße 9. Auskunft erteilt der Amtsvorstand.

Neumarkt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Banner Löbe). Sonntag, den 10. August, feiert der Ortsgruppe Neumarkt im „Gelben Löwen“ seine diesjährige Versammlung. Festredner: Kamerad Apffelstedt. Breslau, 19.30 Uhr mit Volksbeteiligung und anderem mehr. Kameraden des hiesigen Ortsvereins, Gewerkschafter, Parteimitglieder werden ersucht, zu der am 11. August stattfindenden Versammlungsfeier recht zahlreich zu erscheinen. Umarmung „Gelben Löwen“ um 3 1/2 Uhr nach dem Realprogymnasium.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Betreiber: Margaretenstr. 11, Carlshaus (Neubau) Zimmer 10  
Telephon 2240, 2241  
Geldlos von 8-15 und 18-19 Uhr

Bettlern. Sonnabend, den 9. August, 20 Uhr, bei Grünhölz öffentliche Versammlung. Redner: Parteimitglied Schiffer.

Moschleben. Sonnabend, den 9. August, 20 Uhr, Mittagsversammlung bei Scholz.

Bamberg. Sonntag, den 10. August, 15 1/2 Uhr, Mittagsversammlung bei Fischer. Redner: Genosse Fritsch.

Waltz. Sonntag, den 10. August, 14 Uhr, findet die diesjährige Versammlungsfeier im Lokal „Zur Wewing“ statt. Redner: erkannte Genosse Fritsch.

Waltz. Sonntag, den 10. August, feiern wir unsere Versammlungsfeier um 15 Uhr im Lokal Watzons. Redner: Parteimitglied Fritsch.

Neumarkt. Im Sonntag, den 10. August, veranstaltet die Ortsgruppe Schwarz-Rot-Gold in Verbindung mit der Ortsgruppe ihre Versammlungsfeier. Anfang 15 Uhr im „Gelben Löwen“. Redner: Kamerad und Genosse Apffelstedt.